

# **5 Fragen, 5 Antworten: Indonesien - Zwischen Unterdrückung und Widerstand**

**Leila Cheng**

Indonesien: Ein Land mit 264 Millionen Einwohnern und damit das 4. bevölkerungsreichste Land der Welt, sowie auch der größte Inselstaat. Dennoch ist es stark abhängig von ausländischen Konzernen und Banken. Und jetzt beschließt die Regierung ein Gesetz, das auf Kosten der indonesischen Arbeiter\_Innen ausländische Investitionen und Unternehmen anlocken soll und damit die Abhängigkeit und die Armut der Massen verschärfen würde. Dagegen erhebt sich im ganzen Land verbissener Widerstand bis hin zu militanten Streiks! Die Hintergründe und Perspektiven wollen wir in diesem Artikel klären.

## **1. Wie zeigt sich die aktuelle Weltwirtschaftskrise in Indonesien?**

Während sich die Covid-19-Pandemie im Land wieder verstärkt und sich auch hier bereits eine zweite Welle abzeichnet, werden von der Regierung jede Menge neoliberale Reformen durchgedrückt. Privatisierungen, Entlassungen und weitere Angriffe auf Arbeiter\_Innenrechte, angeblich um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Doch was ist der wirkliche Grund?

## **Staatsverschuldung und Wirtschaftskrise!**

Im Jahr 2018 betrug die Staatsverschuldung Indonesiens rund 30,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Unter anderem eine langfristige Folge der Kredite des IWF nach der Finanzkrise 2008/2009) und stieg in der Coronakrise noch weiter.

Hinzu

kamen massive privatwirtschaftliche Einbußen während der Pandemie: Indonesiens Wirtschaftsleistung ist nach Angaben des Statistikamtes BPS im 2. Quartal 2020 im Vorjahresvergleich um 5,3 Prozent geschrumpft, was damit das schwächste Quartal seit der Asienkrise des Jahres 1999 ist. Auch der Rückzug ausländischer Kapitale während der Pandemie hat wirtschaftliche Einbußen gebracht. Zudem musste die Hauptinsel Bali wegen Corona alle Tourist\_Innen dieses Jahres abweisen. Dies sorgt für wirtschaftlichen Einbruch bei einer Insel, die fast komplett vom Tourismussektor abhängig ist.

Hinzu kommt das internationale Machtgefüge, in dem sich Indonesien befindet. Der Staat ist abhängig von den USA. Diese nutzen die Regionalmacht auch als Stützpunkt gegen ihren Hauptkonkurrenten China im Pazifik. Aber neben den engen militärischen Beziehungen gibt es auch große Mengen US-amerikanischer Kredite in Indonesien. Zudem ist das Land für viele transnationale, meist US-amerikanische Konzerne eine profitbringende Kapitalanlage, was durch das neue Gesetz mit verstärkter Ausbeutung der Arbeiter\_Innen und weniger Umweltstandards verschärft werden wird. Aber warum machst sich Indonesien so abhängig von den USA? Wenn es amerikanische Weisungen und „Bitten“ ignorieren würde, würde es schnell weh tun, z.B. durch wirtschaftliche Sanktionen oder Rückforderung der Schulden oder sogar einen militärischen Einmarsch. Abgesehen davon wird die Wirtschaftsentwicklung, also die Hauptsektoren Bergbau (Export von Rohstoffen) und der Tourismussektor, ja meist von US-amerikanischen Konzernen dominiert. So ist zum Beispiel der größte Gold- und Kupferproduzent PT Freeport Indonesia ein US-amerikanisches Unternehmen, was auch gleichzeitig der größte Steuerzahler des Landes ist. Eine weitere große Einnahmequelle ist die Landwirtschaft: So ist Indonesien weltweit der größte Palmölproduzent, was zwar gewinnbringend aber auch sehr schädlich für die Umwelt ist, denn den Monokultur-Plantagen weichen die riesigen Urwälder, die im Grunde nur noch in Nationalparks existieren. Dieser Zweig wird von einem transnationalen Unternehmen aus Singapur dominiert. Hier zeigt sich die Konkurrenz, aber auch die Abhängigkeit von anderen Regionalmächten, die sich natürlich in erster Linie wirtschaftlich äußert.

## 2. Welche neoliberalen Reformen hat die Regierung beschlossen?

Die

Regierung hat 79 neue Gesetze (Omnibus Law beziehungsweise Gesetz zur Arbeitsplatzbeschaffung) verabschiedet. Die Regierung behauptet: Die Reformen

sollen Bürokratie abbauen, um

*mehr ausländische Direktinvestitionen zu fördern, das*

*Wirtschaftswachstum zu unterstützen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Indonesier\_Innen zu schaffen.*

Doch

das Gesetz sorgt für massive Angriffe auf Arbeiter\_Innenrechte, leichtere Entlassungen,

Kurzzeitverträge, Lohnsenkungen (auch des Mindestlohnes), geringere Abfindungen und die Auslagerung von Arbeitsplätzen. So können imperialistische Staaten einfacher ihre billige und umweltschädliche Produktion zur Profitmaximierung nach Indonesien auslagern. Dies sorgt im Endeffekt nur für eine verstärkte Ausbeutung des indonesischen Proletariats, das in Elend, Arbeitslosigkeit und Hunger gedrängt wird.

Es

sorgt auch für eine verstärkte Ausbeutung der Natur, sowie eine stärkere Umweltverschmutzung. Denn durch das Gesetz wird zudem die Verpflichtung von Unternehmen gelockert, eine Analyse von Umweltrisiken zu erstellen. Unmittelbare Folgen von Umweltverschmutzung und Klimakrise sind Umweltkatastrophen wie Überschwemmungen, die das Land knapp über dem Meeresspiegel immer wieder stark belasten, sowie auch eine verstärkte Smogbelastung der Städte, insbesondere der riesigen Slums.

Auch die Jugend und die Frauen der Arbeiter\_Innenklasse sind besonders von den Reformen betroffen. Gerade Jugendliche und nicht voll arbeitenden Personen werden als erstes entlassen oder noch schlechter bezahlt. Zudem werden proletarische Jugendliche früher arbeiten müssen, wenn sich die

Familie ihre Ausbildung/Studium nicht mehr leisten kann. Hinzu kommt, dass die Jugend noch am längsten leben wird: Sie wird mitbekommen, wie ihre Heimat aufgrund der Klimakrise immer mehr im Meer versinkt, sie wird hauptsächlich von den Umweltkatastrophen betroffen sein und sie wird vermutlich zu großen Teilen später vor den Überflutungen fliehen müssen. Auch Frauen werden eher entlassen oder schlechter bezahlt. Neben ihrer harten Arbeit haben sie auch noch zu großen Teilen unbezahlte Hausarbeit und Kindererziehung allein zu tragen. Nun soll durch eine Reform auch noch das Recht auf bezahlten Mutterschaftsurlaub eingeschränkt werden.

### **3. Wie sieht der Widerstand gegen diese Reformen aus?**

ArbeiterInnen,

Student\_Innen und Umweltschützer\_Innen demonstrieren gegen die neoliberalen Reformen während der Corona-Pandemie. Die großen Proteste haben vor allem gesellschaftlichen und Klassencharakter. Inzwischen hat sich die Union of all Indonesian workers (KSPSI), ein mittelgroßer Gewerkschaftsbund (ca. 4,6 Millionen Arbeiter\_Innen), als teilweise führende Kraft der ArbeiterInnen herausgebildet. Die KSPSI hatte bereits vor dem Beschluss des Gesetzes zu Streiks aufgerufen. Der sehr viel größere und reformistischere indonesische Gewerkschaftsbund (KSPI) hatte vereinbart, ein Team zur Umformulierung des Gesetzesentwurfs des Omnibus Laws zu bilden. Wie so oft sieht man hier den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie, die bei minimalen und reformistischen Forderungen stehen bleibt, anstatt die die Massen in den Kampf zu führen.

Als

dies jedoch gescheitert ist und die Regierung dieses Gesetz verabschiedet hat, haben sich die Gewerkschaftsverbände

KSPI,

KSPSI und die National Welfare Movement (GEKANAS) geeinigt und zu 3-tägigen Streiks (06.

bis 08. Oktober 2020)

aufgerufen.

Insgesamt wollten sie bis zu 5 Millionen ihrer Arbeiter\_Innen zu

diesem Streik mobilisieren. In Wirklichkeit waren es höchstwahrscheinlich noch viel mehr.

Insgesamt 32

*Gewerkschaftsverbände, sowie Bauernverbände organisierten Streiks. Es gibt aber keinen Überblick darüber, wie viele Streiks mit wie vielen Teilnehmer\_Innen tatsächlich stattgefunden haben.*

Hier

zeigen sich zwei Dinge:

Erstens:

Wie eine kämpferische Basis, wenn sie konsequent kämpferisch vorwärts geht, ihre reformistische und opportunistische Führung zwingen kann, mitzuziehen. Immerhin gab es schon vorher Demos und vereinzelte Streiks, die sich auch mit Hilfe der SPSI immer mehr zuspitzten.

Und

zweitens: Welche enormen Ausmaße ein politischer Streik annehmen kann.

Ein Beispiel für diese enormen Ausmaße ist ein Streik in einem Frauenbetrieb: Dort mobilisierten 70.000 Arbeiterinnen in einer von Asiens größten Schuhfabriken zum dreitägigen Streik.

Neben

den großen Streiks fanden, wie schon erwähnt, auch Massendemonstrationen statt. Daran beteiligten sich auch viele Student\_Innen

(vor allem wegen der Auflockerung von Umweltschutzmaßnahmen). Da zeigt sich auch, wie die Jugend in den Kämpfen mit ganz vorn dabei ist. Dies ist ein Phänomen, was man weltweit betrachten kann, ob bei den sozialen Protesten in Chile oder bei der internationalen Umweltbewegung, so jetzt auch in Indonesien. In Indonesien haben sich sogar bereits Ansätze der Organisation von Studierenden in Räte-ähnliche Gremien gebildet, über die aber noch nicht viel bekannt ist.

Doch wie sehen die Forderungen der Streiks und Demonstrationen aus? Es gibt eigentlich nur eine einheitliche Forderung und die lautet: Ersatzloser Verzicht auf das Gesetz! So ist es eine soziale Forderung und der Streik ein politischer Streik, aber revolutionär sind die Proteste damit noch nicht. Und das Problem, dass die kommunistische Partei Indonesiens seit 1965 verboten und damals ein Großteil der Kommunist\_Innen ermordet wurde, macht es auch nicht besser. Dennoch sind die Proteste sehr fortschrittlich und können je nach der Entwicklung zu einem revolutionären Katalysator werden. Das liegt in ihrer letzten Besonderheit, der Vereinigung der antiimperialistischen, antikapitalistischen, Umwelt-, Jugend- und Antirepressions-Kämpfe, und vor allem ihrem im Grunde proletarischen Klassencharakter.

#### **4. Wie sieht die Repression durch Staat und Kapital aus?**

Wie

*immer bei Protesten und Straßenkämpfen zwischen dem bürgerlichen Staat und Demonstrant\_Innen herrscht ein ungleiches Kräfteverhältnis.*

Auf

*der Insel Sumatra z.B. gingen Polizisten mit Tränengas gegen junge Demonstrant\_Innen vor, die Steine auf die Beamten geworfen hatten. Auch in West Java kam es an dem Streiktag zu Zusammenstößen mit der Polizei. In der Hauptstadt Jakarta versammelten sich Tausende Student\_Innen und Arbeiter\_Innen vor dem Präsidentenpalast des südostasiatischen Inselstaats. Als Steine geworfen wurden, setzte die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein. Weitere Protestzüge wurden aus Yogyakarta, Medan, Palembang und Makassar gemeldet. Bereits am Tag vor den Streiks waren die Polizist\_Innen zum Teil mit Gummigeschossen gegen Demonstrant\_Innen vorgegangen.*

Die

Polizei begründete ihr hartes Vorgehen und das Verbot eines Teils der Proteste mit Corona-Schutzmaßnahmen. Die besonders prekäre Lage und Notwendigkeit der Proteste werden dadurch unmissverständlich unterstrichen, dass man die Infektionsgefahr in Kauf nimmt, um die eigene Lebensgrundlage zu sichern. Vielen Menschen dort geht es sehr schlecht, genauso wie in vielen weiteren Ländern. Auch so lässt

sich eine Verbindung zu den momentanen Protesten in Chile ziehen. Nur dass die Gewalt durch die Polizei dort noch viel enormer ist, man erinnert sich nur mal an die massenhaften Vergewaltigungen von Verhafteten und die mit Säure versetzten Wasserwerfer.

Auch in Indonesien setzte die staatliche Repression sehr stark auf Massenverhaftungen. *Die Polizei meldete allein für den dritten Tag 3862 Festnahmen landesweit (darunter 796 "Anarchisten\_Innen"). Die Massenverhaftungen trafen vor allem schwarz-gekleidete Jugendliche, die die Polizei für "Anarchisten\_Innen" hielt. Hier zeigt sich wieder eine bürgerliche Hetze, wonach Anarchismus nur Zerstörung und Durcheinander wäre und dass alle, die für soziale Ziele demonstrieren, als solche verrufen werden.*

## **5. Was muss getan werden, damit die Proteste und Streiks eine Perspektive haben?**

→

Unsere Klasse darf sich nicht unterkriegen lassen unter einer bürokratischen Gewerkschaftsführung, die auf einen Kompromiss mit dem Staat und den Unternehmen hofft. Auch nach den 3 Tagen müssen die Streiks konsequent weitergeführt werden!

→

Die sozialen und antiimperialistische Forderungen sind gut, sollten aber auch mit dem Kampf gegen die eigene Kapitalist\_Innenklasse verbunden werden und für Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien unter ArbeiterInnenkontrolle eintreten!

→

Dafür sollte die Führung ein konkretes revolutionäres Programm aufstellen, in dem die Minimalforderungen (reformistische Forderung) der Ablehnung des Gesetztes und die Ablehnung der Angriffe auf die Klasse mit revolutionären und Übergangsforderungen bis hin zur sozialistischen

Revolution verbunden werden. Ein Problem dabei ist, dass es seit dem bis heute anhaltenden Verbot der kommunistischen Partei von 1965 keine Arbeiter\_Innenpartei in Indonesien gibt, sondern nur eine etwas linkere stark populistische Partei, deren Führung aus Gewerkschaftsverbänden besteht. Andererseits sind diese offenbar bereit, unter dem Druck der Massen auch politische Streiks durchzuführen.

→

Die gemeinsamen Kämpfe mit der besonders unterdrückten Jugend sollten weiterhin geführt werden. Die Jugend sollte sich jedoch noch in eigenen Organisationen zusammenfinden, um auch spezifisch ihre Lage im kapitalistischen System besprechen zu können. Die studentischen Räte sind gute Ansätze dafür. Dasselbe sollte jedoch auch in Schulen und Betrieben durchgeführt werden.

→

Zur besseren Koordinierung der Demos sollten ArbeiterInnen-, Jugend- und Bäuer\_Innenräte eingerichtet werden und das Mittel des politischen Streiks bis zum Generalstreik angewandt werden, da es den stärksten wirtschaftlichen Druck ausübt.

→

aber die Bewegung kann nur gelingen, wenn sie sich international koordiniert und mit anderen sozialen Bewegungen vernetzt (wie z.B. der sozialen Bewegung in Chile, den antimonarchischen Protesten in Thailand, Gewerkschaften in den USA, ...)

---

# **Dannenröder Forst: Solidarität mit der Besetzung - Autoindustrie enteignen!**

**Lars Keller**

Im sonst gemütlichen Mittelhessen zwischen Gießen und Kassel ist an diesen Tagen einiges los. Umweltaktivist\_Innen besetzen seit rund einem Jahr einen Wald in der Nähe des Dorfes Dannenrod, einem Stadtteil von Homberg (Ohm) im Vogelsbergkreis, damit selbiger nicht dem Autobahnbau der A49 weichen muss. Seit dem 1. Oktober spitzt sich der Kampf um den „Danni“ zu. Die Rodungssaison ist eröffnet – der Staat schickte ein Polizeigroßaufgebot, um der Kettensäge sein Geleit zu geben und die Besetzer\_Innen von den Bäumen zu holen. Gegen Räumung, Rodung und Raupenbagger fand am 4. Oktober eine Demonstration mit rund 2.000 Teilnehmer\_Innen statt.

Dabei

geht es hier um viel mehr als einen Autobahnbau durch einen Dauermischwald (hoher Anteil an Buchen und Eichen), der als Paradebeispiel für nachhaltige Forstwirtschaft in einem sensiblen Wassergebiet gilt. Die Demos und Besetzungen rund um Homberg (Ohm) richten sich angesichts der Klimakrise vielmehr gegen den motorisierten Individual- und Schwerlastverkehr auf der Straße im Generellen. Eine Verkehrswende zugunsten von Verkehrsträgern wie Rad oder Schiene wird gefordert.

**Die A49**

Derzeit

beginnt die Bundesautobahn A49 in Kassel und endet in der Nähe von Neuental (Schwalm-Eder-Kreis) in der Prärie Nordhessens irgendwo zwischen Eder und Lahn. Somit bringt diese Autobahn dem Lkw-Verkehr, dieser heiligen Kuh des deutschen Gütertransports, dem Zögling des Bundesverkehrsministeriums und der Ausgeburt der deutschen

Industrieperlen Daimler und VW (ja richtig gelesen, dem Konzern gehören mit MAN und Scania nämlich auch Nutzfahrzeugsparten!) – nichts! Die Landstraße, in die die A49 zur Zeit mündet, ist für den Schwerlastverkehr gesperrt.

Somit

quetschen sich die Lkw-Kolonnen von Norddeutschland in Richtung Schweiz weiter durch den neuralgischen Punkt Kirchheimer-/Hattenbacher Dreieck, wo mit A 7, A 4 und A 5 die wichtigsten Nord-Süd- und Ost-West-Achsen des bundesdeutschen Fernstraßennetzes aufeinandertreffen. Aus der Idee heraus, diesen Knoten zu entlasten, wurde die A49 geboren. Darin besteht das eigentliche Motiv des Autobahnbaus. Ein nachrangiges stellt die schnellere Straßenverbindung zwischen dem Rhein-Main-Gebiet, Gießen/Marburg und Kassel dar. Die Teermaschinen kamen bis Neuental, 1994 war dort erst mal Schluss. Seither gibt es ein langes Zerren um Umweltschutzmaßnahmen, Finanzierung und Planfeststellung. Seit 2017 hat der Planfeststellungsbeschluss Bestand. Es darf weiter geteert werden und dank ÖPP (öffentlich-privater-Partnerschaft) kann das Privatkapital direkt daran mitverdienen.

Vom

gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, macht der Autobahnausbau freilich keinen Sinn wie überhaupt jeder deutsche Autobahnausbau. Die Klimakrise verlangt nach einer schnellen Verkehrswende, die Ressourcenvernutzung und Ineffizienz des Individual- wie Straßengüterverkehrs ebenso. Mit der Main-Weser-Bahn gäbe es zudem bereits eine Bahntrasse, die sich hinsichtlich Kapazität und Einzugsgebiet ausbauen ließe und dann auch mehr Güter- und Personenverkehr der Region aufnehmen könnte.

Lokal wird das mitunter anders gesehen. Ein Teil der Mittel- und Oberhess\_Innen unterstützt die Proteste gegen die Rodung, ein anderer hat ein Interesse am A49-Ausbau. Da wären einerseits die AnliegerInnen der Bundesstraße B3, die ihrerseits vom Schwerlastverkehr betroffen sind und durch die A49 eine Entlastung erfahren würden. Andererseits gibt es eine

Reihe lokal angesiedelter Unternehmen wie bspw. Ferrero Stadthallendorf, die sich ebenso wie einige Kommunen einen besseren Anschluss ans Straßennetz wünschen. Die Unterstützer\_Innen der Autobahn finden sich in der „JA49“-Initiative wieder. Ihre etwas populistisch gehaltene Website verkauft uns die A49 dann auch als Umweltschutz. Letzteres ist, global wie lokal betrachtet, natürlich Blödsinn. Mehr Autobahn heißt mehr Auto- und Lkw-Verkehr – gerade weil der Weg Kassel – Gießen kürzer würde. Das bestätigt sich statistisch sowohl an vergangenen Autobahnprojekten als auch aus Sicht von Angebot- und Nachfrageprinzipien. Das heißt: mehr Treibhausgasmissionen, Oberflächenversiegelung und Störung eines Wasserreservoirs, von dem sogar Frankfurt/Main zerrt.

### **„Verkehrswende“ von Landes- und Bundesregierung**

Alle,  
die vorhaben, 2021 die Grünen in die Regierung zu wählen, sollten einen genauen Blick auf das kleine Dannenrod in der hessischen Provinz werfen. Wer glaubt, mit den Grünen sei eine Verkehrswende zugunsten der Wälder und des Klimas zu haben, wird hier eines Besseren belehrt. Die hessischen Grünen sitzen nämlich mit der CDU in der Landesregierung – und halten stoisch an der A49 fest.

Dem Bundesgeschäftsführer der Grünen, Michael Kellner, fiel auf der Demo am vergangenen Sonntag, den 4. Oktober, auch nichts Besseres ein, als auf bestehende Beschlüsse zum Straßenausbau zu verweisen: Berlin müsse den Bau stoppen, grundsätzlich sei seine Partei ja gegen die Autobahnen ... Gelaber und Gewäsch also! Von den hessischen Grünen kommt erst recht keine klare Kante gegen das Projekt. Wer will schon die CDU ein Jahr vor der Bundestagswahl ärgern? Immer dann, wenn's konkret um die (vegane) Wurst – oder besser um den Wald – geht, erweisen sich die Grünen als verlässliche Partner\_Innen deutscher Auto- und Energiekonzerne. Der Abholzung des Hambacher Forstes wurde ja auch schon mal zugestimmt.

Derweil  
will Bundesverkehrs(auto)minister Andreas Scheuer (CSU) die Lage erkannt haben und hat vor einigen Monaten – natürlich ohne die A49

in Frage zu stellen – das „Bündnis für unsere Bahn“ mit der Dachstrategie „Starke Schiene“ ins Leben gerufen. In diesem Schienenpakt befinden sich neben anderen das Verkehrsministerium, Schienenindustrien, Deutsche Bahn und die Gewerkschaft EVG. Was haben wir davon zu erwarten? Sage und schreibe 25 % soll der Schienengüterverkehr am gesamten Warentransport irgendwann (wann ist unklar) mal ausmachen, heute sind es etwa 18 %. Die Milliarden, die angeblich für einen nie da gewesenen Rückenwind für die Eisenbahn sorgen, sind nicht mehr als eine leichte Brise, die den vorhandenen Investitionsstau im Schienennetz kaum auflösen kann.

Wenn

in der jetzigen Wirtschaftskrise überhaupt jemand dick staatlichen Rückenwind verspürt, dann ist es der Kernsektor des deutschen Kapitals. Anstatt die Schiene durchgehend zu elektrifizieren, wird darüber sinniert, Autobahnen wie bei Darmstadt unter Oberleitung zu setzen, damit die Vormachtstellung des Lkw einen grünen Anstich bekommt. Das Konjunkturpaket der Regierung enthält zwar keine Kaufprämie für reine Verbrennerautos, dafür dann umso mehr für die ähnlich große ökologische Blödsinnigkeit E-Auto. Soviel zur „Verkehrswende“ der Regierung und Konzerne.

### **Und die echte Verkehrswende?**

Sowohl das Demobündnis (Danni bleibt) als auch die Besetzer\_Innen (Wald statt Asphalt) betonen in ihren Aufrufen die Wichtigkeit einer echten Verkehrswende und einer Verlagerung des Verkehrs zu ressourcen- und emissionsärmeren Fortbewegungsarten. Das teilen wir. „Wald statt Asphalt“ geht noch weiter und nimmt den Kapitalismus ins Visier, fordert einen radikalen Systemwandel und Klimagerechtigkeit. Das teilen wir auch. Das fehlende Salz in der Suppe ist aber unserer Meinung nach, dass ein radikaler Systemwandel konkrete Forderungen und einen konkreten Weg weit über Waldbesetzungen hinaus braucht.

Die Besetzung selbst wird begründet mit: *„Für die Form des Widerstands (Besetzung und direkte Aktion) haben wir uns entschieden, weil andere*

*Formen des Widerstands (wie Demos, Petitionen, Klagen & Appelle an politische Entscheidungsträger\*innen) den Bau der A49 bisher nicht aufhalten konnten und mit den Rodungen nun Fakten geschaffen werden sollen. Veränderung braucht mutiges und entschlossenes Handeln – deswegen besetzen wir!“*  
(<https://waldstattasphalt.blackblogs.org/besetzung-warum/>)

So richtig und wichtig die Demonstration oder Baumbesetzungen auch sind – verglichen mit politischen Massenstreiks der Arbeiter\_Innenklasse sind dies nur weitgehend symbolische Aktionsformen. Derzeit erleben wir die größte Wirtschaftskrise zu unser aller Lebzeit. Massive Entlassungen finden statt oder werden kommen. Die ökologische Krise wird durch die Wirtschaftskrise und die brutaler werdende Konkurrenz weiter verschärft werden. Es braucht die Verbindung der Kämpfe und den Aufbau eines Antikrisenbündnisses, das für Massenstreiks bis hin zum Generalstreik gegen alle Entlassungen, Lohnkürzungen – ja überhaupt das Abwälzen der Krise auf die breite Bevölkerung – eintritt und zugleich ein Notprogramm gegen die Klimakrise einfordert.

Damit ein Generalstreik gegen die Klimakatastrophe nicht nur angekündigt, sondern auch real werden kann, muss die Arbeiter\_Innenklasse zur zentralen Kraft der Bewegung werden. Dies bedeutet jedoch keineswegs nur, ja nicht einmal in erster Linie eine Veränderung der Aktionsform – es bedeutet vor allem eine Änderung des eigentlichen Ziels: die Enteignung des Kapitals und die Errichtung einer globalen, demokratischen Planwirtschaft. Nur so kann ein „System Change “ Wirklichkeit werden.

Von einem Generalstreik und Massenstreiks sind wir derzeit noch weit entfernt. Die Arbeiter\_Innenklasse tritt in der Umweltbewegung bisher nicht als zentrale Akteurin in Erscheinung. Das liegt aber nicht daran, dass Arbeiter\_Innen chronisch passiv wären, dass sie ihre Jobs in der Autoindustrie so lieben oder ihnen das Thema egal ist, zumal es im Nahverkehr eine große Zahl von Beschäftigten gibt, die sich sehr für eine Verkehrswende starkmachen.

Die Passivität breiter Teile der Arbeiter\_Innenklasse gegenüber der

Umweltbewegung rührt viel eher daher, dass die Sozialpartner\_Innenschaft der DGB-Gewerkschaften sie ruhigstellt, andererseits aber auch daher, dass die Umweltbewegung die Lohnabhängigen bisher nicht ansprechen konnte. Um sie zu erreichen, braucht es ein Programm, das klar macht, dass nicht sie für die Verkehrswende zahlen soll – sei es durch Jobverlust oder CO<sub>2</sub>-Steuer –, sondern die Konzerne und Besitzer\_Innen großer Vermögen zur Kasse gebeten werden.

Letzten

Endes heißt die Verkehrswende für uns viel mehr als „weg von der Straße hin zur Schiene, zu Bussen, zu Füßen und Fahrrädern“. Sie bedeutet vor allem auch so wenig wie möglich, so viel wie nötig Verkehr. Das heißt, diesen so zu reorganisieren, dass dort, wo Menschen leben, weder Lkw noch Güterzüge durch ihre Schlafzimmer brettern. Das heißt letztlich, Stadt und Land umzukrempeln, dass Verkehr nicht mehr an den Bedürfnissen des Kapitals, sondern nach denen der Menschheit ausgerichtet werden soll.

Konkret

geht's um:

–

Kein A49-Ausbau, sofortiger Stopp aller Autobahnprojekte – beteiligt Euch an Demonstrationen um Dannenrod, unterstützt die BesetzerInnen!

–

Stattdessen: massiver Ausbau der Schienenwege im Kernnetz wie auch in der Fläche, durchgehende Elektrifizierung, ausschließliche Speisung aus regenerativen Energien!

–

Massive Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene! Ausbau von Gleisanschlüssen zu Fabriken! Beförderungszwang zum Transport auf der Schiene für Unternehmen ab einer bestimmten Produktionsgröße! Für einen kostenlosen Nah- und Berufsverkehr!

-

Für den Aufbau eines Antikrisenbündnisses, das den Kampf gegen die Klimakrise mit der Abwehrschlacht gegen soziale Angriffe, Entlassungen und Kurzarbeit verbindet! Ein Anfang dafür kann die „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG)“ sein – unterstützt diese!

-

Keine einzige Entlassung in der Transportindustrie wegen Verkehrswende oder Wirtschaftskrise! Verteilung der Arbeit auf alle! Für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Schnellstmögliche Umstrukturierung der gesamten Industrie, demokratisch geplant und kontrolliert durch die ArbeiterInnenklasse!

- Bezahlung der Verkehrswende durch eine massive Steuer auf Profite und große Privatvermögen! Die Kapitalist\_Innen haben die Krise zu verantworten, also müssen sie dafür zahlen!

- Enteignung des gesamten Verkehrssektors unter Arbeiter\_Innenkontrolle, erkämpft durch Massenstreiks und Fabrikbesetzungen!

-

Weder B3 noch A49 noch Güterzugtrasse vor der Tür! Restrukturierung, Aufhebung der Kluft zwischen Stadt und Land, so dass Lebensräume und Verkehrswege weitgehend voneinander getrennt sind!

- Entwicklung eines integralen Notfallplanes fürs Klima durch die Arbeiter\_Innenklasse, der die Produktion an den Bedürfnissen der breiten Menschheit ausrichtet statt an Profitinteressen – nur so kann so wenig wie möglich Verkehr produziert werden!

Es

ist klar, dass wir mit bloßen Appellen an die Autoindustrie, an Scheuers Ministerium, ja generell an den bürgerlichen Staat, an die Grünen, die SPD-Führung und an IG-Metall-Betriebsräte bei VW und Co. das Klima nicht retten werden. Die BesetzerInnen im Baum wissen

das. Sie wissen auch, dass Baumbesetzungen noch keine umfassende Verkehrswende bringen. Lasst uns weitergehen und entschlossen handeln: vom abstrakten „System Change“ hin zu konkretem Antikapitalismus.

---

## **Die 2. Corona-Welle und ihre Leugner\_Innen**

**Sani Maier, Anfang September 2020**

Auch wenn mittlerweile in Europa die meisten Lockdown-Maßnahmen aufgehoben wurden, lassen die internationalen Infektionszahlen leider wenig Raum für Hoffnung auf ein Ende der Corona-Pandemie. Die Epizentren sind nun nicht mehr Italien oder China, sondern vor allem die USA, Brasilien, Indien und Russland. Doch auch in Deutschland sind die Infektionszahlen wieder auf einem Höchststand, wie zuletzt im Mai diesen Jahres. Während viele noch über die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Welle diskutieren, geht der Ärzteverband Marburger Bund davon aus, dass uns diese bereits erreicht hat, wenn auch mit einem flacheren Anstieg als die erste Welle. Zudem haben die Zahlen aufgrund erhöhter Testvolumen eine andere Aussage als noch im Mai.

Die Schulen und Kitas sind wieder vollständig geöffnet und der Alltag der meisten Menschen in Deutschland verläuft weitestgehend wieder regulär. Dies ist vorrangig aber kein Ergebnis sinkender Infektionszahlen, sondern wesentlich wirtschaftlich motiviert. Da bspw. nun wieder alle Kinder vormittags betreut werden und nicht mehr von zuhause aus lernen, können die Eltern auch wieder regulär zur Arbeit gehen. Da es vor allem in Schulen fast unmöglich ist, in Klassenräumen mit 30 Personen Abstandsregeln einzuhalten, überraschte es wenig, dass bereits nach wenigen Wochen Dutzende Schulen Infektionen verzeichneten.

Was den Impfstoff angeht: Die Suche danach läuft, doch dabei gibt es kaum internationale Zusammenarbeit. Durch den Konkurrenzdruck versucht jedes Land, als erstes einen Impfstoff zu entwickeln, um diesen dann möglichst profitbringend an andere verkaufen zu können. Auch werden immer noch keine flächendeckenden Tests bereitgestellt, sodass auch unter Reiserückkehrer\_Innen nicht mal alle diejenigen automatisch kostenlose Tests erhalten, die per Flugzeug einreisen. Einen kostenlosen Test bekommt man nur, wenn man aus einem Risikogebiet (mit sehr hohen Infektionszahlen) mit dem Flugzeug einreist. Wer mit meist günstigeren Alternativen wie Bahn, Bus oder Auto reist, muss sich selbst um einen Test kümmern, welcher normalerweise nur bei bereits vorhandenen Symptomen bereitgestellt wird. Keinen Test zu bekommen heißt zwei Wochen Quarantäne.

Auch alle Teile der Arbeiter\_Innenklasse, welche nicht im Home Office arbeiten können und nun wieder zurück in ihre Betriebe müssen, erhalten keinen ausreichenden Schutz vor Infektionen am Arbeitsplatz, wie vor allem die gravierenden Missstände bei Amazon, Tönnies & Co. gezeigt haben.

Und obwohl das alles für die meisten Menschen weitestgehend eine Rückkehr zur Normalität bedeutet, sehen sich manche Teile der Gesellschaft massiv bedroht durch die verbleibenden Maßnahmen wie z.B. die Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln und Läden. Die sogenannten „Corona-Leugner\_Innen“ gingen in Berlin zu Tausenden auf die Straße und auch internationale Regierungschefs wie der brasilianische Präsident Bolsonaro spielen die Existenz des Corona-Virus herunter und leugneten es (und das obwohl Bolsonaro selber Corona hatte) und fordern eine Aufhebung aller Infektionsschutz-Maßnahmen.

### **Wer sind die „Corona-Leugner\_Innen“?**

Berlin, 1. August 2020: 20- 30. 000 Menschen aus ganz Deutschland demonstrieren im Rahmen der sogenannten „Tag der Freiheit“-Demonstration gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus und auch am 29. August gingen wieder 40.000 Menschen auf die Straße und versuchten sogar, den Bundestag zu stürmen. Sie stehen der Thematik entweder skeptisch gegenüber oder leugnen sogar die Existenz des Virus.

Die Organisation wurde vor allem von reichen Kräften getragen und unter den Teilnehmer\_Innen fanden sich Personen aus den Kreisen der NPD, Identitären Bewegung, Reichsbürger\_Innen, aber auch sogenannte Verschwörungstheoretiker\_Innen & Impfgegner\_Innen. Auch wenn diese Kräfte die Bewegung immer mehr unterwandern, repräsentieren sie nicht die Mehrheit der Teilnehmenden. Diese setzt sich vielmehr aus Skeptiker\_Innen und Esoteriker\_Innen, die den Einschränkungen ihres Alltags kritisch gegenüberstehen und kleinbürgerlichen Schichten zusammen. Letztere sehen sich vor allem durch die wirtschaftlichen Einbrüche vom Abstieg bedroht und fordern deshalb eine vollständige wirtschaftliche Öffnung, ohne Rücksicht auf die gesundheitlichen Risiken für die arbeitende Bevölkerung. Zu diesem Zwecke verharmlosen sie den Virus als eine Grippewelle oder bezeichnen ihn als bloße Erfindung von „Machteliten“ wie Bill Gates & Co.

Die Dass viele Teile der Bevölkerung in Anbetracht einer kommenden Wirtschaftskrise nun um ihre Existenz bangen, ist dabei nicht verwunderlich oder verwerflich. Allerdings muss das Erstarken rechter Theorien in diesem Zuge als Ergebnis des internationalen Rechtsrucks gesehen werden, auf den die Linke nachhaltig keine klare Antwort zu geben weiß. Es wurde versäumt, eine Antikrisenbewegung aufzubauen, die den sozialen Ängsten der Menschen eine antikapitalistische Perspektive aufzeigen kann. Stattdessen haben es rechte, irrationale Verschwörungstheorien geschafft, diese Verunsicherung für sich zu nutzen. Gerade das Kleinbürger\_Innentum ist aufgrund seiner wirtschaftlichen Stellung besonders anfällig für einen solchen Irrationalismus. Als Klasse steht es zwischen der Arbeiter\_Innenklasse und der Bourgeoisie, befindet sich also nicht in klassischen Lohnarbeitsverhältnissen, besitzt aber auch zu wenige Produktionsmittel und nicht genug Kapital, um dieses gewinnbringend zu reinvestieren und somit zu vermehren. Dadurch ist es ständig bestrebt, in die höhere Klasse aufzusteigen, aber auch gleichzeitig vom sozialen Abstieg in die Arbeiter\_Innenklasse bedroht, was zu einem schwankenden Charakter des Bewusstseins führt. Somit suchen Kleinbürger\_Innen vor allem in Krisenzeiten nach verkürzten Antworten auf ihre Abstiegsängste, um ihre Position zu erhalten und hetzen z.B. gegen einzelne Monopolkapitalist\_Innen wie Gates, da sie sich akut bedroht sehen von ihnen wirtschaftlich zermalmt

zu werden.

### **Welche Perspektive braucht es?**

Wir dürfen nicht zulassen, dass eine Mischung aus wissenschaftsfeindlichen Verschwörungstheorien und rechter Hetze die einzige Antwort auf die Angst vor der kommenden Wirtschaftskrise bleibt. Es gibt eine notwendige Kritik an der Bundesregierung und ihren Corona-Maßnahmen. Es ist unsere Aufgabe, eine Antikrisenbewegung aufzubauen, die eine klare antikapitalistische Perspektive gegen Massenentlassungen und soziale Kürzungen eröffnet, ohne dabei das Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung zu vernachlässigen.

Dafür braucht es den Aufbau eines Antikrisenbündnisses, das die Frage aufwirft, wer für die Krise zahlen soll & soziale Kämpfe miteinander verbindet. Dazu zählen vor allem Bewegungen wie Black Lives Matter, Fridays for Future, Enteignungskampagnen für bezahlbaren Wohnraum oder auch die Arbeitskämpfe im Care Sektor, welche vor allem in Pandemiezeiten unverzichtbar sind. In diesem Zuge fordern wir unter anderem den Kampf gegen alle Entlassungen, die Fortzahlung der vollen Löhne und Transferleistungen, die Vergesellschaftung des Gesundheitssystems unter Arbeiter\_Innenkontrolle und eine international koordinierte Impfstoffforschung. Um dies durchzusetzen, müssen wir den Druck auf Gewerkschaften und Arbeiter\_Innenparteien wie die SPD und Linke erhöhen, ihre Burgfriedenspolitik mit dem Kapital endlich zu beenden und für die Interessen der Arbeiter\_Innenklasse einzutreten.

Dabei muss uns auch gleichzeitig die Frage beschäftigen, wie man die Bevölkerung weiterhin effektiv vor Neuinfektionen schützen kann. Dabei ist Arbeiter\_Innenkontrolle das entscheidende Stichwort: Sie müssen diejenigen sein, die entscheiden, welche Bereiche der Wirtschaft wirklich systemrelevant sind und welche Betriebe im Falle einer Notwendigkeit eines zweiten Lockdowns geschlossen werden können. Weiterhin müssen die Arbeiter\_Innen, die weiterarbeiten, selbst entscheiden können, welche Maßnahmen an ihrem Arbeitsplatz notwendig sind, um für ihre Sicherheit zu garantieren: Bedarf an Schutzkleidung, Desinfektionsmittel, Masken, etc.

Die Krise darf weder auf die Arbeiter\_Innenklasse noch auf einfache Kleinbürger\_Innen abgewälzt werden! Massive Besteuerung auf die Profite der Banken und Industrien! Enteignung falls Betriebe schließen oder massenhaft entlassen!

---

# **Moria: Der Ruß an unseren Händen?**

**Jaqueline Katherina Singh**

12 000 Menschen ohne ein Dach über den Kopf, auf eine Autobahn gepfercht. Essenslieferungen, Getränke, medizinische Versorgung – all das gibt es nur spärlich und wird auch aktiv von der Polizei blockiert. Proteste und Versuche nach Mytilini, die nächste Stadt zu kommen, werden jedoch seitens der Polizei mit Tränengas beantwortet, während nebenbei rechte Bürgerwehren die Menschen angreifen. Was sich nach einem Katastrophenfilm anhört ist nur ein paar tausend Kilometer weit weg schmerzhaft Realität seit dem am Mittwoch, dem 9. September ein Feuer auf Lesbos ausbrach und Moria vollkommen zerstörte.

Seit Jahren werden auf den griechischen Inseln Geflüchtete festgehalten und in menschenunwürdigen Zuständen zusammengepfercht. Moria selbst ist eh ein Gefangenenslager, das in dieser Form auf den EU-Türkei-Deal von 2016 zurückgeht. Es wurde ursprünglich für 2.800 Menschen gebaut, während im regulären Camp mehr als 12 000 Menschen lebten. Dabei ist herauszuheben, dass das Lager nur eines von vielen ist. Es ist also kein einzelner Schandfleck, sondern Teil einer Gesamtkonzeption.

Der Brand raubte den Menschen, die eh nicht viel hatten, ihr letztes bisschen. Man könnte meinen, dass dieses Problem schnell zu lösen wäre. Schließlich wurden ja die gestrandeten Urlauber\_Innen beim Anfang der

Corona-Krise mehr oder weniger schnell wieder ins Land geholt. Schließlich wurde ja beim Brand der Kuppel des Norte Dame innerhalb weniger Stunden Millionen Euro gesammelt. Doch auch wenn es schnell möglich wäre, diesen Menschen eine Perspektive zu geben, sieht die Realität aktuell anders aus. Aktuell wird gegen den Willen der Geflüchteten ein neues Lager errichtet. Deswegen müssen wir uns fragen: Wie konnte es so weit kommen?

## **Wer trägt die Verantwortung?**

Schuld sind nicht nur einzelne Politiker wie Horst Seehofer oder Sebastian Kurz. Die aktuelle Lage ist auch Ausdruck eines internationalen Rechtsrucks, den wir seit 2016 auch in Deutschland zu spüren bekommen. Im Zuge der Krise 2007/08 hat sich die Konkurrenz unter den Kapitalist\_Innen verschärft. Viele Unternehmen sind pleite gegangen, gerettet wurden zuerst die Global Players der imperialistischen Staaten. Das führte dazu, dass ein Teil der Kapitalist\_Innen (besonders kleinere, nationale Unternehmen und der sog. Mittelstand) vom Abstieg bedroht ist. Getrieben davon fingen sie an laut herumzubrüllen: Protektionismus, Nationalchauvinismus, Standortborniertheit, das sind ihre Argumente um die eigene Stellung zu versuchen zu schützen. Sie wollen vor internationaler Konkurrenz geschützt werden - zugleich aber auch am Weltmarkt punkten, wenn sie dazu fähig sind.

Da es an klarer linker Perspektive fehlte, die die Probleme, die durch die Krise entstanden sind abwehrt und da die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und auch große Teile der Europäischen Linksparteien auf Klassenkollaboration, statt auf Klassenkampf setzen, schafften sie es mittels rassistischer Rhetorik nicht nur das KleinbürgerInnentum und Mittelschichten, sondern auch Teile der Arbeiter\_Innenklasse anzusprechen und Druck auf die etablierten Parteien auszuüben. Auch wenn sich das erst mal sehr abstrakt liest, ist dies wichtig zu verstehen. Der internationale Rechtsruck beeinflusst das Kräfteverhältnis insgesamt. So sind Seehofer und Kurz wahrscheinlich sehr unangenehme Menschen, aber die Politik, die sie betreiben ist Ausdruck einer konkreten politischen Entwicklung und eines Kräfteverhältnisses. Deswegen löst der Rücktritt Einzelner somit das Problem

nicht auf.

### **Shame on you, EU?!**

Der Rechtsruck machte auch vor den einzelnen Mitgliedsstaaten nicht halt. Insbesondere die Migrationspolitik verursachte Risse in der angeblichen Solidargemeinschaft. Vielmehr blockierten sich die einzelnen Nationen gegenseitig und das einzige, auf das sich geeinigt werden konnte war, sich nicht zu einigen und Hilfe zu unterlassen. So fiel nach und nach die Seenotrettung weg, diverse Abkommen wie der EU-Türkei-Deal wurden geschlossen, damit weniger Menschen überhaupt in die Festung Europa kommen.

Doch bei all dem muss man sich fragen, welche Rolle der deutsche Imperialismus dabei spielt. Anfangs schien es so, dass Deutschland eine fortschrittliche Rolle innerhalb Europäischen Union einnahm. Als Angela Merkel 2015 eine Abriegelung der Grenzen ablehnte trat, war dies kein Akt jedoch Nächstenliebe. Sie gab weigerte sich zum einen Hunderttausende, die die Grenzen der EU zeitweilig durchbrochen hatten, mit extremen polizeilichen und militärischen Mitteln zu stoppen. Sie gab andererseits auch der Welle der Solidarität nach, die viele in Europa mit den Geflüchteten zum Ausdruck brachten. Hunderttausende empfinden damals Geflüchtete an den Bahnhöfen, vielen wollten sie in ihren Wohnungen aufnehmen, was jedoch staatlicherseits verhindert wurde.

Zudem lag dem Kurs von Merkels auch ein wirtschaftliches Kalkül zugrunde. Der deutsche Imperialismus bezieht seine Stärke nämlich aus Exporten, der Zoll- und kontrollfreie Raum der Europäischen Union ist ein wichtiger Stützpfeiler ohne die nicht die gleiche Wirtschaftsleistung erbracht werden kann. Die „Wir schaffen das Mentalität“ war ebenso nur möglich, da Deutschland, anders als viele Länder, besser aus der Finanzkrise herausgekommen und hatte somit einen größeren Spielraum den sogenannten „Sozialstaat“ auch für andere teilweise zu öffnen. Gerade letztere Position sorgte in der EU für viel Streit und Uneinigkeit, hielt sich aber nicht lange. Denn der bereits beschriebene Rechtsruck fand auch in Deutschland statt. So wurde aus „Wir schaffen das.“ ein „Genug getan, wir

schaffen es Niemanden hier rein zu lassen.“ Das, was in Moria passiert ist, ist somit eine bewusste Entscheidung der deutschen Regierung und bewusst in der Verantwortung der CDU/CSU, sowie der SPD. Man kann auch sagen: Während die AfD hetzte, machte die Große Koalition die Gesetze. Und alle trugen sie mit.

## **Und nun?**

Nun will Niemand mehr unnötige Kosten ausgeben. Denn als nichts anderes werden die Menschen auf den griechischen Inseln gesehen. Kosten, die vermieden werden müssen und so kann man sich auf das einigen, was 2017 noch für eine große Diskussion innerhalb der CDU sorgte: das erste offizielle Auffanglager der EU. Ein anderes Wort dafür ist Gefängnis. So schrieb' die SZ in ihrem Artikel „Blaupause für die europäische Migrationspolitik“: „Seehofer hat bereits früher eingeräumt, dass der Aufenthalt in diesen Lagern nicht zwingend ein freiwilliger sein wird. Weiterwanderung Geflüchteter durch Europa, wie sie derzeit üblich ist, soll unbedingt vermieden werden.“ Kurz um: Moria soll das erste gemeinsame Auffanglager werden, wo Menschen gegen ihren Willen festgehalten, wenn sie nicht in ihre Herkunftsländer wieder abgeschoben werden können. Nebenbei werden die Maßnahmen an den Außengrenzen verschärft, ebenso die Asylgesetzgebungen der Mitgliedstaaten. Die Festung Europa rüstet also auf.

Eigentlich geht es aber auch darum, die aktuelle Krise dafür zu nutzen, dass in Zukunft Lager und eine „kontrollierte“ Einreise und Aufnahme von Geflüchteten möglichst schon außerhalb der EU, in der Türkei oder in den Ländern Nord- und Zentralafrikas stattfinden soll. Damit gibt die EU jede Verantwortung für die Unterbringung der Geflüchteten ab, hebt faktisch das Recht aus Asyl weiter aus und erklärt alle Geflüchteten, die sich nicht außerhalb der EU bei „Migrationszentren“ melden, für illegal.

## **Was macht die Linke?**

Die Antwort ist einfach: hilflos zuschauen. Spontan gingen am Mittwoch Abend im Bundesgebiet mehrere 10 000 Leute auf die Straße. Seit Monaten gibt es mehrere Gemeinden und Kommunen, die sich für die Aufnahme von

Geflüchteten aussprechen. All das sind kleine Signale, dass es noch Menschen gibt, die sich gegen den Rechtsruck stellen. Doch diese spontanen Ausbrüche helfen in der Situation nur bedingt weiter. Zwar ist es gut, dass es sie gibt, aber wenn man erfolgreich alle 12 000 Menschen evakuieren möchte, braucht es klare Forderungen und einen Plan, wie man aus der Defensive in der wir uns befinden, herauskommt. Vor allem wenn man längerfristig die Festung Europa einreißen will.

## **Fehlerhafte Politik**

Was also tun? Auch wenn es Manchen falsch vorkommt, Jene zu kritisieren, die abstrakt für das gleiche Ziel kämpfen, so müssen wir an dieser Stelle offen Kritik üben und gemeinsam diskutieren. Denn dass Menschen verbrannt sind, während andere nun hungern, ist nicht nur die Schuld von Horst Seehofer, sondern auch Ergebnis der Politik Gewerkschaften und reformistischen Parteien. Diese beteiligten sich zwar formal an unterschiedlichen Bündnissen, verweigerten sich aber konsequenter antirassistischer Politik. Statt mit der Großen Koalition zu brechen, setzte die SPD die rassistischen Asylgesetzverschärfungen mit um. Statt dies zu kritisieren, die Geflüchteten in die eigenen Reihen aufzunehmen und gemeinsam für Verbesserungen der gesamten Arbeiter\_Innenklasse zu kämpfen, setzten die Gewerkschaften auf leere Phrasen und Standortpolitik. Der Linkspartei hingegen fehlte eine Taktik, diese beiden herauszufordern und offen zu kritisieren und verlor sich stattdessen in eigene Grabenkämpfe und Einzelprojekte. Dies trug maßgeblich damit bei, dass sich die Positionen der AfD in Teilen der Arbeiter\_Innenklasse mehr Gehör fanden.

Wir müssen aber auch die Politik der Radikalen Linken kritisch betrachten. Dabei geht es an dieser Stelle weniger um Schuldzuweisungen, sondern mehr darum eine Debatte anzustoßen und aus den Fehlern zu lernen. Nur so können wir perspektivisch erfolgreich sein. Was wurde also gemacht? Seit 2014 gab es punktuell immer mal wieder große Demonstrationen, es gab bundesweite Bündnisse gegen Rassismus -und zwar mehr als genug. Doch statt sich gemeinsam zu koordinieren und konkret um Forderungen zu kämpfen, blieb es dabei dass jedes Spektrum sein eigene Suppe kocht. Die

schmeckt schließlich am besten. Doch was ist aus den Zielen geworden? Aufstehen gegen Rassismus, das wohl größte Bündnis setzte sich zum Ziel „rote Haltelinien“ neu zu ziehen und die Positionen der AfD aus der Gesellschaft zu vertreiben mittels kleiner Multiplikator\_Innen, sogenannter Stammtischkämpfer\_Innen. Nationalismus ist keine Alternative wollte blockieren, Welcome2Stay hatte vor Strukturen von Supporter\_Innen und Geflüchteten zu vernetzen.

Doch was ist geblieben? Nicht viel. Die Asylgesetzverschärfungen sind durchgekommen und die Debatte hat sich verschoben: Statt dafür zu kämpfen, dass Geflüchtete hier arbeiten gehen können, geht's jetzt darum Abschiebungen zu verhindern und dafür zu kämpfen, dass Menschen in Seenot überhaupt aufgenommen werden können. Was sind also die größten Fehler?

Zusammengefasst hätten sich die bundesweiten Bündnisse koordinieren müssen. Im Zuge der großen Mobilisierungen hätte es Basisarbeit an Orten gebraucht, an denen wir uns alle Bewegung müssen (Schule, Uni, Betrieb) um auch jene zu erreichen, die noch nicht überzeugt sind. Darüber hinaus hätte es Druck gebraucht: auf die Regierung durch Demos, aber auch Streiks und auf einzelne Organisationen der Arbeiter\_Innenklasse wie beispielsweise die Gewerkschaften.

## **Was braucht es jetzt?**

Statt zu hoffen, dass sich was ändert, müssen wir handeln. Auch wenn sich viele in dieser Situation machtlos fühlen, auch wenn es so scheint, dass man nichts mehr ändern kann, selbst wenn man auf Demos geht und mit Freund\_Innen diskutiert. Solche Momente in denen sich die Situation krisenhaft zuspitzt, müssen wir nutzen. Unmittelbar gilt es für die sofortige Versorgung vor Ort, sowie die Evakuierung aller Geflüchteten auf Lesbos zu kämpfen und sich nicht mit Kleinstbeträgen abspeisen zu lassen.

Doch wie kann man das durchsetzen? Trotz Corona bedarf es so schnell wie möglich zentraler Aktionstage. In diesem Rahmen darf es dabei nicht nur um

die Demonstration an sich gehen. Diese ist vielmehr Anhaltspunkt um vor Ort in Schule, Uni und Betrieb Aktionskomitees zu gründen, die vor Ort dafür mobilisieren mit Infoveranstaltungen, Vollversammlungen. Dies muss man nutzen, nicht nur die Demonstration zu bewerben, sondern Diskussionen zu starten, wo man bspw. über die Auswirkungen von Rassismus oder auch Corona vor Ort diskutieren kann. Damit das stattfindet, muss man auf Gewerkschaften und Linkspartei auffordern, sich nicht nur an einem Bündnis zu beteiligen, sondern offen und nachvollziehbar alle ihre Mitglieder zu mobilisieren. Besonders Bewegungen wie Fridays for Future oder aber Deutsche Wohnen & Co enteignen! müssten an dieser Stelle klar Stellung beziehen und aktiv Druck ausüben.

### **Was muss man fordern?**

Die sofortige Versorgung, sowie Evakuierung können nur durchgesetzt, wenn wir auch eine gesellschaftliche Perspektive aufzeigen, die über Humanität und Moral hinausgehen. Als Revolutionär\_Innen treten wir für offene Grenzen und Staatsbürger\_Innenrechte für alle sein. Bewegungsfreiheit darf kein Privileg in imperialistischen Ländern sein, sondern muss ein Recht für die gesamte, internationale Arbeiter\_Innenklasse sein. Auch müssen Linke über die Forderung des Bleiberecht hinausgehen. Diese mag auf den ersten Blick fortschrittlich klingen, jedoch sorgt diese dafür, dass Geflüchtete hier lediglich geduldet werden. Staatsbürger\_Innenrechte bedeuten jedoch, dass sie die gleichen Rechte haben, dass sie auch aktiver Teil der Arbeiter\_Innenklasse sein können und hier wählen, arbeiten, sich frei bewegen können.

Darüber hinaus müssen wir in unseren Forderungen bestehende Kämpfe verbinden. Wir sind gegen die Unterbringung in Lagern. Stattdessen bedarf es die Enteignung von leerstehenden Wohnraum, sowie Spekulationsobjekten, die die Mieten in die Höhe treiben. Der zusätzliche Bau von Sozialwohnung sorgt ebenso dafür, dass der überbezahlte Wohnraum für alle Vergangenheit wird. Auch müssen wir dafür kämpfen, dass die Geflüchteten in die Gewerkschaften aufgenommen werden und gemeinsam für einen höheren Mindestlohn auf die Straße gehen. Dies kann direkt mit den kommenden Kämpfen gegen Entlassungen kombiniert werden, denn statt

arbeitslos zu sein, sollten die individuelle Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich reduziert werden. Die Verbindung solcher Fragen schafft es den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen und bestehende Vorurteile zu beseitigen, da so das Interesse der gesamten Arbeiter\_Innenklasse aufgezeigt wird. Um mehr Schlagkraft zu erzeugen, sollte es nicht nur individualisierte Proteste mit unterschiedlichen Forderungen in verschiedenen Ländern geben, sondern ein auf europäischer Ebene organisierter Protest.

---

# **Klimabewegung: Weiter machen wie bisher?**

**Lars Keller**

So - es wurde Zeit, Klimabewegung is back in big! Am 25. September ruft Fridays for Future zum globalen Klimastreik auf, Ende Gelände startet im gleichen Zeitraum (23.-28. September) Aktionen im Rheinischen Braunkohlerevier, auch wir sind am Start!

Unsere Ausgangslage ist dabei deutlich beschissener als noch vor rund einem Jahr, als Millionen auf die Straße gingen, um für eine effektive Klimapolitik zu demonstrieren. Praktisch und ein kleiner Trost wär's gewesen, wenn die Corona-Krise die menschengemachte Erderwärmung zumindest ein kleines Bisschen kühl angehaucht hätte- aber nix davon! Es wird davon ausgegangen, dass 2020 höchstens 7 % weniger CO<sub>2</sub> emittiert werden als 2019 (dpa), zu wenig, um irgendetwas gegen den Klimawandel auszurichten.

Und auch sonst sieht's miese aus. Statt aus der Kohleverstromung auszusteigen, gibt's mit Datteln IV einen nagelneues Steinkohlekraftwerk. Die Lufthansa wird vom deutschen Staat mit gigantischen Summen gerettet, die selbstinszenierte Klimavorreiterin Deutsche Bahn muss 2 Mrd. Euro

allein beim Personal einsparen und zu einem großen Teil mit Datteln-Strom fahren. Die deutsche Autoindustrie kriegt Milliarden in den Arsch geblasen, wer sich ein E-Auto kauft, kriegt fette Zuschüsse für ein Fahrzeug, das überhaupt erst nach 8 Jahren grüner ist als ein Benzinauto...und auch mit Strom aus fossiler Energie fährt.

## **Corona und die Krise und die Umwelt**

Die Rettung der Lufthansa und erhöhte staatliche Förderungen in der Autoindustrie sind unmittelbare Folgen der Coronavirus-Pandemie, welche zu einer massiven Wirtschaftskrise führte. Wäre also ohne Corona wirtschaftlich alles super? Nein, sicher nicht. Corona ist zwar der Auslöser der Krise, ja. Aber genau genommen erleben wir weltweit betrachtet eine durchgehende Krise seit 2008 / 2009. Corona hat diese massiv verschärft, irgendeine Verschärfung war aber sowieso überfällig und wurde seit gut zwei Jahren erwartet von Ökonom\_Innen erwartet.

Warum kommt's eigentlich immer wieder zu Krisen - mit und ohne Virus? Es liegt an der Art und Weise wie der Kapitalismus funktioniert. Er trägt die niemals endende Ausweitung und Intensivierung der Produktion als Zwang in sich. Wer Kapitalist\_In ist muss, um auf dem Markt zu überleben, den Großteil seines Gewinns erneut in die Produktion investieren. Genauso wie unsere Erde hat der Markt dabei aber eine Grenze. Irgendwann bietet sich für Kapitalist\_Innen keine ausreichend attraktive Möglichkeit mehr, worin sie investieren können. An diesem Punkt befinden wir uns nun schon einige Jahrzehnte. Wenn es im industriellen Bereich kaum noch Möglichkeiten zur Investition gibt, fließt Kapital in unproduktivere Bereiche, es kommt zum Beispiel zu Immobilien- oder Kreditblasen. Hinter den Geldgewinnen steckt hier kein realer Gegenwert mehr. Das bringt den Kapitalismus in eine Schieflage, bis ihn zum Beispiel ein Virus (2020) oder eine Bankenpleite (2009) zum Kippen bringt. Kein Gesetz, keine „Degrowth-Politik“ kann diesen Mechanismus unterbinden, die Konkurrenz selbst verhindert das. „Degrowth-Politik“ eines einzelnen Staates innerhalb des Kapitalismus heißt: wirtschaftlicher Selbstmord.

Was hat das jetzt mit der Krise der Umwelt zu tun? Sehr viel. Auch wenn eine

Krise erst mal dafür sorgt, dass z.B. weniger CO2 emittiert wird, weil Fabriken die Produktion drosseln, so ist auf lange Sicht eine Krise ein Brandbeschleuniger für den Planeten. Denn nur weil Krise ist, hört die Konkurrenz zwischen Kapitalist\_Innen und ihren Staaten nicht auf – sie wird im Gegenteil viel brutaler und auf Kosten der Umwelt und der breiten Masse der Bevölkerung ausgetragen. Beispiele gibt's nicht erst seit Corona. China befindet sich seit Jahren im wirtschaftlichen Aufstieg und schießt dabei großzügig auf Klima- und Umweltpolitik. Die USA sehen sich davon bedroht und kündigten 2017 den Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen an (das selbst ein Witz war).

Nur wer kapiert, dass es eine zugespitzte internationale Konkurrenz gibt, wird verstehen, warum die Bundesregierung die Lufthansa und die Autokonzerne mit Milliarden auffängt. Es geht um die Konkurrenzfähigkeit deutscher Kapitalist\_Innen auf der Welt. Der Staat agiert nicht zufällig so, denn er ist selbst ein kapitalistischer Staat und eng verwoben mit den Konzernen und Banken.

Die Konkurrenz selbst gipfelt im Kapitalismus darin, dass die stärksten Mächte immer wieder an den Punkt gedrängt werden um die Neuaufteilung der Welt in Einflussgebiete, Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Produktionsstandorte zu kämpfen – wir sprechen vom Imperialismus. Das geht politisch-diplomatisch, in letzter Instanz aber mit Gewalt, mit Krieg. Dabei versuchen diese Mächte ihre Krise auf drei Arten zu lösen:

- Abwälzung der Krisenkosten auf ihre eigene Bevölkerung, im Wesentlichen die Arbeiter\_Innenklasse durch eine verschärfte Ausbeutung
- Abwälzung der Krisenkosten auf die halbkoloniale Welt, also schwächere, wirtschaftlich von großen Mächten abhängige Staaten, hier schlägt die Krise bereits jetzt brutaler zu, z.B. aufgrund miserabler Gesundheitsinfrastruktur
- Abwälzung der Krisenkosten auf andere Weltmächte

Das Ziel ist jeweils im Konkurrenzkampf auf Kosten Anderer zu überleben. Bei all dem kann es sich ein kapitalistischer Staat kaum leisten, auf einen wirklichen, effektiven Schutz der Umwelt zu Wert zu legen. Die Konkurrenz

und ewige Produktionsausweitung tragen bereits in sich, dass es das nicht geben kann, eine Krise tritt dabei immer wieder auf und verschärft das.

Als würde das nicht schon reichen, droht noch ein weiterer Brandbeschleuniger. Die Coronakrise hat der politischen Rechten Rückenwind verliehen. So sammelt sich ein ekelhafter Sud aus Nazis, Verschwörungstheoretiker\_Innen und Rechtspopulist\_Innen bis weit in die bürgerliche Mitte hinein. Die Schnittmenge derer, die sowohl Corona als auch den Klimawandel leugnen, ist wohl groß. Dabei schaffen es Rechte mittlerweile nicht nur in ihren klassischen Hochburgen große Demos auf die Beine zu stellen. Die rechtsoffenen Aktionen von „Querdenken 711“ haben auch in z.B. in Baden-Württemberg Massen auf die Straße gebracht. Schon allein deshalb muss sich eine Klimabewegung ebenso dem Rechtsruck entgegenstellen. Dazu aber später noch mehr.

### **Und jetzt? Alles nur scheiße?!**

Scheint fast so...aber es gibt auch eine Reihe von Chancen für die Umweltbewegung. Aber um diese zu erkennen, müssen wir uns fragen, was die Probleme von Fridays for Future und einem großen Teil der Umweltbewegung waren...schon bevor Corona uns zurückwarf.

Millionen Menschen auf der Straße, Bitten, Flehen, Weinen und Schreien gegenüber der Politik haben was gebracht? – nichts, also fast nichts...es brachte uns einen Joke, einen schlechten Witz, ein Klimapaket, das weder die Namen „Klima“ noch „Paket“ verdient hat. Ist die Regierung einfach nur taub und blöde, dass sie die gesellschaftliche Debatte, die wir anstießen, nicht hörten; unsere Forderungen auf tausenden Pappdeckeln nicht sahen? Nö. Sie macht, was sie als Regierung eines kapitalistischen Staates tun muss – nämlich Politik fürs Kapital. Sie kann nicht anders und will es davon abgesehen auch gar nicht anders. Klimapolitik gibt's nur, wenn es der deutschen Exportindustrie nutzt. Und wir sollten ja nicht glauben, dass das mit einem Jakob Blasel oder einer Luisa Neubauer von Fridays for Future bzw. den Grünen an der Regierung anders liefe. Wer wie die Grünen den Kapitalismus grün anstreichen will, wird unterm Strich kapitalistische Politik machen...die niemals nie grün sein kann (siehe oben, Konkurrenz und so).

Am Rande bemerkt: Die LINKEN können aus der Klimabewegung gar keinen Erfolg ziehen. Gerade mal 1% der Befragten einer Tagesschau-Umfrage trauen der Linken eine gute Klimapolitik zu. Naja, wer Braunkohletagebaue in der Lausitz (Welzow II) unterstützt und auch sonst nichts gegen die Krise leistet hat's wohl nicht besser verdient. Die anderen Parteien im übrigen auch nicht, aber die sind wohl besser darin ihre klimaschädliche Realpolitik umweltfreundlich zurechtzubiegen.

Mit den Bitten an die Regierung, RWE, VW und Co. muss das jetzt mal vorbei sein, es gab Zeit genug zu erkennen, dass damit nichts zu erreichen ist, was den Planeten lebenswert hält. Die Strategie muss eine andere sein - eine antikapitalistische.

Was heißt das? Das heißt z.B. VW, RWE und Co nicht zu bitten, mehr fürs Klima zu tun, sondern sie zu enteignen! Kein Profit mit der Zerstörung des Planeten! Und dann? Wer übernimmt die Kraftwerke usw.? Der Staat? Jein. Enteignen heißt zwar erst mal, dass die Betriebe in Staatshand übergehen, aber der Staat besitzt diese erstens sowieso schon teilweise und zweitens kann er sie genauso schmutzig weiterführen. Es ist eine Frage der Kontrolle.

Wir stellen uns vor, dass die Beschäftigten selbst die Produktion kontrollieren sollen, umgestalten sollen, sodass z.B. schnellstmöglich eine Autoproduktion massiv auf Schienenfahrzeuge umgestellt wird. Alles, was damit verbunden ist - Produktionsumbau, Umschulung usw., haben die Kapitalist\_Innen zu zahlen!

Aber sind die Arbeiter\_Innen denn dafür zu haben? Die haben ja auch Fridays for Future so gut wie nicht unterstützt! Tja, weil sie davon nicht so richtig angesprochen waren. Die Erfahrung ist nämlich, dass sie z.B. in Form einer CO2 Steuer eine unzureichende Klimawende bezahlen. Aber es ist nicht so, dass Arbeiter\_Innen grundsätzlich nicht gewinnbar wären. Es gibt einige Chancen:

- die Tarifverhandlungen von Ver.di zum Nahverkehr sind ein wunderbarer Anknüpfungspunkt für uns. Es gilt Druck mit den Arbeiter\_Innen zusammen auf Ver.di und die Bosse zu machen und einen kostenlosen, gut ausgebauten

Nahverkehr zu fordern, mit höheren Löhnen für Beschäftigte und verkürzter Arbeitszeit, bezahlt durch eine Besteuerung der Profite der Autokonzerne

- die Krise führt zu großen Entlassungen und Kurzarbeit. Dagegen sollten wir fordern: Wir zahlen nicht die Krise der Bosse! Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und keine Entlassung! Geplante Umstellung der Produktion auf eine wirklich nachhaltige Basis!

- die Coronakrise zeigte die Instabilität unseres Gesundheitssystems. Warum fordert nicht auch Fridays for Future eine kostenlose, gut ausgebaute Gesundheitsversorgung sowie Kommunalisierung der Krankenhäuser?

Hä? Aber die letzte Forderung hat doch gar nichts mit der Umwelt zu tun?! Erstmal hat alles mit der Umwelt zu tun, z.B. wenn ein Krankenhaus eine Uralt-Heizung verwendet. Zentral ist aber zweitens folgendes: Die Klimabewegung muss es schaffen Kämpfe zu verbinden, dabei eine Antikrisenbewegung aufbauen und sich mit der Arbeiter\_Innenklasse insgesamt zu verbünden. Nur sie könnte überhaupt eine Enteignung von VW und Co grün umsetzen.

Kämpfe verbinden heißt auch, eine klar antirassistische Haltung zu beziehen, sich dem Rechtsruck entgegenzustellen. Da reicht es nicht, auf Instagram die Evakuierung Morias zu fordern, sondern offene Grenzen und einen antirassistischen Selbstschutz aufzubauen und genau das überall zu fordern, sei es in Garzweiler oder auf einem Verdi Streik. Die Klimakrise ist der Fluchtgrund Nr. 1.

Wenn wir anfangen, diese Perspektive zu diskutieren und zu fordern, eine antikapitalistische und antirassistische Bewegung gegen die Krisen in Umwelt, Gesundheit, den Betrieben und nicht zuletzt an mörderischen Grenzen aufzubauen, dann kann es möglich sein, dass die Klimabewegung die Initiatorin wird, den Rechtsruck und die Angriffe der Regierung und Konzerne aufzuhalten.

Die Alternative heißt sie weiter anzuflehen und daran zu verzweifeln.

---

# Was ist eigentlich die Polizei?

**Jonathan Frühling**

Der Mord an George Floyd erschütterte die Welt und führte zu einem Aufwallen von Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt, überall fanden Demonstrationen in Solidarität mit den rassistisch Unterdrückten in den USA statt, jedoch verbanden die Protestierenden ihre Forderungen auch mit lokalen Themen. Insbesondere ist der Kampf gegen Polizeigewalt im Fokus. So gingen beispielsweise in Kenia tausende Menschen auf die Straße, um gegen die willkürliche Gewalt zu demonstrieren, die die Polizei dort zur Durchsetzung der nächtlichen Ausgangssperren einsetzte. 15 Menschen wurden von ihr dort während des Lockdowns ermordet.

Daher

wollen wir hier untersuchen, was genau die Polizei eigentlich ist und welche Funktion sie in unserer Gesellschaft erfüllt und was ihre Interessen bestimmt.

## **Die Funktion der Polizei**

Geschichtlich

ist die Polizei als eine Institution bezahlter Beamter\_Innen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols in Europa und den USA in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert entstanden. Sie wurde durch die zunehmende soziale Komplexität im Zuge der Industrialisierung und des Bevölkerungswachstums notwendig.

Die

Aufgabe der Polizei wurde in Deutschland mit dem sogenannten Kreuzbergurteil von 1882 eindeutig als die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung definiert. Die Polizei ist also die institutionalisierte und monopolisierte Gewalt des Staates.

Soweit so gut. Doch welche Interessen vertritt der Staat? Dies zu klären ist leicht, wenn man sich anschaut, was die Regierungen machen. So wurden z.B. in Deutschland durch die Agenda 2010 Kündigungsschutz gelockert, Arbeitslosengeld gesenkt und schlecht bezahlte und befristete Jobs zum Standard in Deutschland. Eindrucksvoll kann man das auch bei der Rettung der Lufthansa sehen, wo 9 Mrd. in den Konzern gepumpt werden und trotzdem 26.000 Menschen entlassen werden sollen. Der Staat agiert also nicht neutral und für alle Menschen, sondern im Interesse der Kapitalist\_Innen, deren Interessen unserem direkt entgegengesetzt sind. Mit „Aufrechterhaltung der Ordnung“ ist letztlich nur die Aufrechterhaltung des Privatbesitz an Produktionsmitteln und die Ausbeutung der Arbeiter\_Innenklasse gemeint.

Die Polizei weiß ganz genau, wer die bürgerliche „Ordnung“ am meisten gefährdet. Dies sind besonders arme Menschen, Drogenabhängige, Wohnungslose, Prostituierte, linke politische Aktivist\_Innen, People of Colour (PoC); sprich gesellschaftliche Gruppen, die eine besondere Unterdrückung im Kapitalismus erfahren, von ihm regelmäßig zerkaut und an den Rand der Gesellschaft gespuckt werden. Deshalb tritt die Polizei dem großen Teil der Bevölkerung auch nicht als Helferin, sondern als erbitterte Feindin gegenüber.

## **Die soziale Stellung der Polizei**

Um die Interessen und damit das Handeln einer Bevölkerungsgruppe zu erfassen, ist es wichtig, ihre soziale und ökonomische Stellung zu ergründen. Die Polizei wird direkt vom Staat bezahlt, weshalb ihre Existenz mit dem bürgerlichen Staat und damit mit der gesamten bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt. Anders als beispielsweise Lehrer\_Innen oder vom Staat bezahlte Sozialarbeiter\_Innen würde ihre Rolle in der

Gesellschaft im Sozialismus mit dem Staat verschwinden. Grund dafür ist, dass dort die gesellschaftlich notwendigen Aufgaben, die die Polizei jetzt inne hat wie bspw. das Aufklären von Morden, von Komitees oder Milizen der Arbeiter\_Innenklasse ausgeführt würden. Sie haben also ein direktes ökonomisches Interesse den bürgerlichen Staat und damit den Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Die kapitalistische Gesellschaft definiert sich durch die Herrschaft der Kapitalist\_Innenklasse. Also wollen sie um jeden Preis die Herrschaft dieser Klasse manifestieren.

Zudem

hat die Polizei stets ein Interesse daran ihre eigenen Strukturen zu erhalten und zu erweitern. Deshalb kann sie auch an einer tatsächlichen Senkung der Kriminalität kein Interesse haben. Mehr Straftaten können auch mehr Befugnisse oder mehr Personal legitimieren. So werden z.B. Terroranschläge von den Repressionsorganen dankend aufgenommen, um ihre Macht auszubauen. Die Tendenz des Machtausbaus bringt die Polizei automatisch in die Nähe politisch rechter Gruppierungen, die sich einen größeren Repressionsapparat wünschen.

Um

ihre Interessen gegenüber der Gesellschaft und vor allem gegenüber dem restlichen Staat durchzusetzen, betreibt die Polizei Lobbyorganisationen, die sich z.B. für lockerere Gesetze und mehr Waffen für die Polizei einsetzen oder angeklagte Bullen vor Gericht unterstützt. Verwirrenderweise werden diese Organisationen Polizeigewerkschaften genannte, obwohl sie den Interessen der Arbeiter\_Innenklasse entgegenstehen und mit Gewerkschaften rein gar nichts zu tun haben.

Es

ist außerdem wichtig festzustellen, dass die Polizei ihren Apparat selbst erneuert. Keine Person, die direkt zum Polizeiapparat gehört, wird demokratisch gewählt. Deshalb werden sie von politischen Machtwechseln auch kaum berührt und entziehen sich jeder

demokratischen Kontrolle. Das gilt übrigens für Richter und Staatsanwälte gleichermaßen.

## **Bewusstsein der Polizei**

Bei

den Handlungen der Polizei sind reine Verhaftungsquoten sicherlich nicht der entscheidende Beweggrund für ihr Handeln. Dann könnte sie weiße Jugendliche auf Studipartys genauso nach Kleinstmengen Cannabis durchsuchen, wie migrantische Jugendliche in Parks. Trotzdem sind die Letzteren viel mehr von Polizeikontrollen betroffen. Warum?

Seit Marx wissen wir, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein eines Menschen prägt. Es wird also durch die sozialer Stellung und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gebildet. Man muss sich also anschauen, was die/der einzelne Polizist\_In auf der Straße tut, um zu ergründen was sich in ihrem/seinen Bewusstsein widerspiegelt. Damit ist auch gemeint, wie genau Gesetze ausgelegt, bzw. inwiefern sie bewusst überschritten werden, wen sie kontrolliert oder wie sie z.B. People of Colour behandelt. Wieso die Polizei linke Vorstellungen ablehnt und bekämpft sollte durch den Abschnitt „Funktion der Polizei“ klar geworden sein. Stattdessen soll sich hier vor allem auf die Frage bezogen werden, wieso die Polizei ein überdurchschnittliches rassistisches Bewusstsein prägt.

In

unserer heutigen Gesellschaft herrscht eine rassistische Ideologie vor. Grundlage dafür ist der Wille des Kapitals die Bevölkerung anhand von ethnischen, religiösen und nationalen Unterschieden zu spalten, um so ihre eigene Herrschaft zu sichern und Ausbeutung zu legitimieren. Die tatsächliche Teilung der Gesellschaft auf Grundlage von ökonomischen Klassen wird somit verschleiert.

In

diesem Sinn sind auch z.B. die Aushebelung des Asylrechts und die rassistische Hetze durch alle bürgerlichen Parteien zu verstehen.

Mit der rassistischen Lüge, dass mit den Geflüchteten auch ohne Ende Terrorist\_Innen nach Deutschland kommen, lassen sich mehr Überwachung und Polizeibefugnisse rechtfertigen.

Die

Polizei setzt die rassistische Regierungspolitik in die Tat um. Sie schließt die Grenzen, greift „illegale“ Migrant\_Innen auf und führt Abschiebungen durch. Sie ist also direkt mit der Aufgabe betraut gegen den deklarierten ausländischen Feind vorzugehen. Die Polizei ist deshalb in ihrer Funktion, ihrem Denken und Handeln einer der extremsten Ausdrücke dieser Politik. Das rassistische Bewusstsein materialisiert sich so bei der Polizei in einer verschärften Form. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass auch in Deutschland Racial Profiling zum Standardverfahren gehört.

Ältere

und hochrangigere Polizist\_Innen

haben eine viel bessere und bewusstere Einsicht in die allgemeine Politik und ihre eigene gesellschaftliche Stellung und sind über Innenministerien eng mit den Regierungen verbunden. Sie verkörpern deshalb das Bewusstsein der Polizei in einer höheren Form. Durch ihre Polizeitaktiken, Einsatzkonzepte oder Prügelbefehle durchdringen ihre Vorstellung und ihr Bewusstsein den gesamten Apparat. Dieser Effekt findet auf allen Ebenen der Hierarchie statt. Die Polizei ist unter anderem deshalb nicht die Summe der Vorstellungen der Individuen. Vielmehr ist sie eine gigantische und streng hierarchisch aufgebaute Organisation, die unterdrückerisches Bewusstsein reproduziert. Der damit verbundene Korpsgeist zieht vermehrt Rechte an, da sich diese mit der Praxis und dem Bewusstsein der Polizei besonders identifizieren können.

Die

Anwendung von Gewalt wird über

ihrer Arbeit dem/der einzelnen Beamte\_In zur Normalität und in das Sein integriert. Zukünftige Situationen werden deshalb eher mit

der Anwendung von Gewalt gelöst werden. Wie sehr die Arbeit auf der Straße das Bewusstsein der Polizist\_Innen prägt zeigt eine Studie aus den USA, die beweist, dass Polizist\_Innen 2 bis 4 mal häufiger zu häuslicher Gewalt neigen, als durchschnittliche Menschen.

## **Handlungs(spiel)räume im polizeilichen Handeln**

Besonders

auf der niedrigsten Ebene (dem gewöhnlichen Streifendienst) hat die Polizei einen großen Interpretationsspielraum, was ihre eigenen Rechte und die explizite Situation anbelangt. Wann z.B. eine Notwehrsituation eintritt, entscheidet der/die handelnde Polizist\_In immer selbst. Richter\_Innen und Staatsanwalt\_Innen decken deren Interpretation in der Regel. Sie tun dies, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden das Gewaltmonopol des Staates aufrechtzuerhalten. Falsche Zeugenaussagen gehören ebenso zu diesem System, wie politisch geführte Prozesse, bzw. Schauprozesse [1].

Des

Weiteren werden Gesetze absichtlich so geschrieben, dass sie weitreichende Interpretationen ermöglichen. Begriffe, wie „Gefahrenabwehr“, „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit“, sowie der 2018 eingeführte Begriff der „drohenden Gefahr“ und des/der „Gefährders/Gefährderin“ sollen hier als eindruckliche Beispiele dienen. So kann in Bayern beispielsweise eine gefährdende Person zwei Monate ohne Prozess hinter Gitter gebracht werden. Dabei kann dies eine Person sein, die nachweisbar plante einen Terroranschlag durchzuführen, es kann aber auch eine Person sein, die auf eine Demo wollte, aus der möglicherweise eine Flasche geworfen wird. Diese Art der Rechtsauslegung versucht die Polizei beständig auszuweiten, was in Deutschland seit 2018 mit alarmierender Geschwindigkeit passiert.

Durch

die Einführung dieser Begriffe als auch durch die nunmehr erlaubten Austausch von Informationen zwischen Polizei und Geheimdiensten wird die Trennung von Polizei und Geheimdienst weiter verwässert. Dies ist ein Prozess, der mit den verdachtsunabhängigen Kontrollen in den 80er Jahren begann, wo die Polizei erstmals präventiv handeln durfte. Diese Trennung wurde von den amerikanischen Besatzungsbehörden eingeführt, um eine allmächtige Institution, wie die geheime Staatspolizei der Nazis zu verhindern.

Auch

wird die Polizei durch die neuen Polizeigesetze z.B. mit Handgranaten, Elektroschockern und Maschinenpistolen ausgerüstet, was eine massive Militarisierung der Polizei bedeutet. Dies erweitert natürlich wieder den praktischen Handlungsraum der Polizei, den diese in Zukunft sicherlich auch nutzen wird.

Gesetze

sollen als Mittel dienen das polizeiliche Handeln zumindest juristisch einzuhegen und zu kontrollieren. Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen „Ordnung“ ist jedoch als Aufgabe den Gesetzen übergeordnet. Bei der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft hat die Polizei deshalb eine starke Tendenz die rechtlichen Grenzen ihrer Arbeit immer wieder massiv zu überschreiten. So wird z.B. gegen Fußballfans regelmäßig exzessive Gewalt eingesetzt, friedliche Demonstrant\_Innen mit Schlagstock und Pfefferspray attackiert oder gezielt People of Colour kontrolliert und erniedrigt.

## **Die Polizei agiert politisch nicht neutral**

Es

wird an dem Agieren der Polizei immer wieder deutlich, dass sie mit ihrem Handeln auch politische Ziele durchsetzt und dabei auch offen rechtliche Rahmenbedingungen missachtet.

Das ist aus ihrer

Sicht nicht weiter bedrohlich, da der staatliche Justizapparat oft

genug zu Gunsten der Polizei entscheidet, mit ihr verbunden ist und so die in der Schule uns hoch gepriesene Gewaltenteilung lächerlich macht.

Besonders

drastischer waren bspw. die Ausschreitungen des bürgerlichen Repressionsapparates gegen die Proteste gegen den G20 Gipfel in Hamburg. In weiten Teilen der Stadt wurden theoretisch geltende Grundrechte, wie z.B. die Versammlungsfreiheit vollständig und offiziell außer Kraft gesetzt (Stichwort „Blaue Zone“). Die Auftaktdemo am Donnerstag wurde durch Schlagstockgewitter und massiven Einsatz von zwei Wasserwerfern nach 30m zerschlagen. Zudem zielten die Bullen mit ihren Schlagstöcken während der gesamten Protestwoche gezielt auf Köpfe und verursachten so unzählige Platzwunden. Alle diese Maßnahmen waren durch bürgerliches Recht nicht gedeckt.

Interessant

ist dagegen, wie die Polizei rechte Demos hofiert. So sorgte sie z.B. dafür, dass bei den Einheitsfeierlichkeiten in Dresden die Rechten bis auf Rufweite an die Regierungsspitze herankam. Auch die rechten Demos gegen die Coronamaßnahmen der Regierung wurden von der Polizei mit tausenden Teilnehmer\_Innen geduldet. Ein Grund dabei war sicherlich, dass diese Demonstrationen das Interesse des kleinen und großen Kapitals vertraten, dem die Polizei letztlich dient. Der zur gleichen Zeit von Linken organisierte 1.

Mai dagegen wurde von der Polizei mit massiver Repression getroffen.

Wieso

der Polizeiapparat die Rechten unterstützt und Linke bekämpft ist einfach aus deren Politik abzuleiten. Die Linke kämpft für mehr Freiheit der großen Masse der Bevölkerung. Dazu gehören z.B. weniger Überwachung, durchlässigere oder offene Grenzen, mehr Versammlungsfreiheit. Kurzum, alles Maßnahmen, die die Unterdrückungsaufgaben, die die Polizei ausführt, überflüssig macht.

Die

Rechte dagegen tritt für das Gegenteil ein. Sie will die Grenzen dicht machen, Minderheiten unterdrücken, Meinungs- und Versammlungsfreiheit massiv beschneiden, (Klein)kriminalität stärker verfolgen usw. Dafür ist jedoch ein größerer und mächtigerer Polizeiapparat notwendig. Deshalb wirbt die AfD auch damit die Repressionsorgane aufzurüsten und macht sich damit viele Freund\_Innen in der Polizei.

### **Unser Recht, unsere Ordnung...**

*Was*

*ist Recht?*

Marx

und Engels schrieben in ihrem kommunistischen Manifest, dass die momentan geltenden Gesetze keine naturgegebenen und immer gültigen Rechtsvorstellungen sind. Sie sind im Gegenteil ausschließlich von den Bedürfnissen der herrschenden Klasse geprägt. Freie Konkurrenz und das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln zeichnen die bürgerliche Gesellschaft aus und sind deshalb im Gesetz festgeschrieben. Wenn es der herrschenden Klasse nützt werden die Gesetze jedoch vom Staat gebrochen. So kann in einem Kriegsfall aus einem: „Du sollst nicht töten.“ schnell mal ein „Du sollst töten.“ werden. Eine sozialistische Gesellschaft dagegen basiert auf dem gemeinschaftlichen Besitz der Produktionsmittel, was sich auch in Gesetzesform niederschlagen würde.

Lenin

vereinfacht die Aussage von Marx und Engels und bezieht sie auf die Klasse der Lohnabhängigen: „Recht ist was der proletarischen Klasse nützt.“ So finden wir es z.B. legitim Waffentransporte in den Jemen zu verhindern, wobei wir damit in Konflikt mit dem bürgerlichen Recht kommen.

## *Ordnung im Sozialismus*

Klar

ist, dass wir die staatlichen und nicht-staatlichen Repressionsorgane, wie das Militär, die Polizei, die Geheimdienste, private Sicherheitsfirmen oder faschistische Milizen zerschlagen müssen. Doch was setzen wir an deren Stelle, um unserer Interessen und unsere Vorstellung von Recht umzusetzen?

Für

den Übergang von einer kapitalistischen zu einer kommunistischen Gesellschaft wird es zwar noch einen Staat geben, dieser wird sich jedoch anders als heute auf die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft stützen und deshalb geneigt sein deren Programm umzusetzen. Statt nationaler Abschottung und institutionalisierten Rassismus wären eine Verteidigung offener Grenzen und praktischer Internationalismus zu erwarten.

Bei

der Durchsetzung dieses Programms wird sich der Staat auf die breite Mehrheit der Bevölkerung stützen. Heute werden Polizei und Justiz von einer kleinen Gruppe privilegierter Menschen kontrolliert, die ihrer Aufgaben im Sinne einer reaktionären Gesellschaft umsetzen. Wir stellen uns vielmehr vor, dass alle Menschen an Aufgaben, wie z.B. der Kriminalitätsbekämpfung beteiligt sind. Natürlich muss es immer noch Spezialist\_Innen geben, die sich mit Spurenaufklärung o.Ä. auskennen. Jedoch sollen in den Vierteln, der Schule oder dem Betrieb die dort verkehrenden Menschen befähigt werden z.B. Rassismus zu erkennen und ihm entgegenzutreten. In den Nachbarschaften militant organisierte Frauenschutzkomitees sollen häuslicher Gewalt bekämpfen.

Überall

dort, wo Gerichtsverhandlungen zu Klärung der Umstände nötig sind, sollen diese durch Menschen der Unterdrückten – durch

Arbeiter\_Innentribunale organisiert werden. Diese sollen am Ende auch das Urteil sprechen. Die Urteile fallen somit natürlich vom Standpunkt der lohnabhängigen Bevölkerung.

## **Forderungen im Kampf gegen die Polizei**

Im

Kampf gegen das rassistische Repressionsorgan Polizei stellen wir folgende Forderungen auf:

- Defund the police! Keine Finanzierung der Polizei. Das Geld brauchen wir für Sozialleistungen, Bildung oder sozialen Wohnungsbau!
- Polizei aus dem DGB schmeißen! Bullen gehören nicht zur Arbeiter\_Innenklasse, sondern sind die Schlägertruppe des Kapitals!
- Kein Massenüberwachung z.B. durch, Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner, Videoüberwachung usw.!
- Kein Racial Profiling und ein hartes Aburteilen von Bullen, die Racial Profiling anwenden!
- Polizist\_Innen, die gewalttätig werden, sollen vor Volksgerichte gestellt und diese bei Bedarf abgeurteilt werden! Dafür müssen sie durch ein individuelles Erkennungszeichen identifizierbar sein!
- Kein Militarisierung der Polizei. Sofortige Entwaffnung der Polizei, vor allem, was Taser, Maschinenpistolen, Knarren und Handgranaten angeht!
- Schlussendlich: Organisiert militanten Selbstschutz. Vor den Angriffen von Sexist\_Innen, Faschos, der Mafia (und der Polizei) müssen wir uns selbst verteidigen! Für Arbeiter\_Innenmilizen anstelle der Polizei! Für die Zerschlagung der Polizei durch eine solche Miliz!

[1]

Politisch geführte Prozesse sind Prozesse, bei denen das Urteil dem Kampf gegen linke Politik dient und um Vorhinein schon feststeht. Der Prozess dient dann nur noch der (meistens offensichtlich falschen) Legitimation solcher Urteile.

---

# **Tönnies enteignen! Ausbeutung von Mensch und Natur stoppen!**

Über 1500 Arbeiter\_innen haben sich in Nordrhein-Westfalen durch ihre Arbeit in der Schlachtfabrik „Tönnies“ mit Covid19 infiziert, Tendenz steigend. Schon vor einigen Wochen kam es zu den ersten Corona-Fällen

im Betrieb, doch der Konzern hat seine Fleischproduktion munter weiter hochgefahren. Auch bei anderen Fleischproduzenten in Niedersachsen wie Wiesenhof und Danish Crown kam es zu weiteren Infektionsausbrüchen. Dass es zu

erneuten Masseninfektionen in Deutschland gekommen ist, bleibt ein Ergebnis der

Lockerungs- und Öffnungspolitik, die die Groko mit Unterstützung aller anderen

Parteien auf Druck der Wirtschaft und der internationalen Konkurrenz durchgezogen hat. Profite zählen hier also mehr als unsere Gesundheit!

Dass sich an dieser Logik orientiert wird, zeigen auch die miserablen Arbeitsbedingungen und die massive Ausbeutung von Mensch und Natur

in den Schlachthöfen. Tiere, die ein ähnliches Intelligenzlevel wie ein 3-jähriges Menschenkind haben, werden dort unter großem Leid im Sekundentakt

geschlachtet und von Arbeiter\_Innen am Fließband in bis zu 12 Stunden langen

Schichten in ihre Einzelteile zerlegt. Die meisten der Arbeiter\_Innen in der Fleischindustrie stammen aus Osteuropa. Das geringe Lohnniveau an der Peripherie der EU wird von den Fleischproduzenten genutzt, um die Arbeiter\_innen hier mit unter dem Mindestlohn liegenden Gehältern abzuspeisen.

Durch Werkverträge und ein raffiniertes System aus Subunternehmen werden

Arbeitsstandards systematisch umgangen. Noch dazu werden die Arbeitsmigrant\_Innen in rattenbefallenen und verschimmelten Sammelunterkünften

untergebracht. Die Kosten für diese menschenunwürdigen Behausungen sowie der

Transport in die Fabrik werden ihnen dann auch noch vom ohnehin geringen Lohn

abgezogen.

Viel zu spät wurden nun Quarantänemaßnahmen vor Ort ergriffen. Die Empörung der Parteien, die sich jetzt über die schlimmen Bedingungen in der Fleischindustrie zu Wort melden, ist nichts weiter als blanker Hohn. So waren die Arbeitsbedingungen und die schonungslose Ausbeutung

von Arbeitsmigrant\_Innen in der Fleischindustrie als auch in der Landwirtschaft,

in der Logistikbranche oder im Bau- und Gastronomiegewerbe schon lange bekannt.

Zudem haben sie mit der Agenda2010 diese Arbeitsbedingungen legalisiert und

damit überhaupt erst möglich gemacht. Ebenso waren sie es, die dem Druck der

Unternehmen nachgegeben haben, den Lockdown zu beenden.

Die Aufforderung von Grünen, NGOs und Tierschutzverbänden an die Verbraucher\_Innen kein „Billigfleisch“ mehr zu kaufen, stammt von

Leuten,  
die sich das Bio-Demeter-Schnitzel ohne Probleme leisten können. Für viele Lohnabhängige in Deutschland ist das jedoch keine Option. Außerdem sind in ökologischen Schlachtbetrieben zwar häufig die Lebensbedingungen der Tiere ein wenig besser, jedoch ist damit noch nichts über die Arbeitsbedingungen im Betrieb gesagt. Mit ihren neoliberalen Lösungsvorschlägen verschieben die Grünen zudem die politische Verantwortung für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur, für die Aufrechterhaltung von Hygienemaßnahmen und für die Einhaltung von Arbeitsstandards von der Gesellschaft auf den\_ die individuellen Konsument\_In.

Auch wenn sich Linkspartei, SPD und Gewerkschaften nun durchgerungen haben, durch die gestiegene öffentliche Aufmerksamkeit einige sinnvolle Forderungen aufzustellen, bleibt das Problem die kapitalistische Profitlogik. Solange ein Betrieb möglichst schnell möglichst viel Profit abwerfen muss, wird dies immer zu Lasten von Mensch und Natur gehen; irgendwo muss der Profit ja schließlich herkommen. Die einzige Möglichkeit ist es also, den Betrieb zu enteignen und unter Arbeiter\_Innenkontrolle zu stellen. So können die Beschäftigten selbst Arbeits- und Tierschutz überwachen und die Produktion den tatsächlichen Bedürfnissen anpassen.

Dies ist ein notwendiger Schritt, hin zu einer global und demokratisch geplanten Wirtschaft, die sich nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur ausrichtet und nicht nach dem Zwang, Profit zu erwirtschaften. Im Rahmen einer solchen Wirtschaftsordnung wäre es dann auch möglich, große Teile der Produktion von Fleisch- und Milchprodukten systematisch in pflanzliche Ersatzprodukte zu transformieren. Dies ist notwendig, da das aktuelle irrationale Ausmaß der Tierproduktion dem Fortbestand der Menschheit und

ihrer

weiteren Entwicklung objektiv entgegensteht. So zählt die Tierproduktion zu den

größten CO<sub>2</sub>-Produzenten und den größten Nutzern landwirtschaftlicher Flächen.

Würde der menschliche Kalorienverbrauch fast vollständig mit pflanzlichen Produkten abgedeckt, würden ca. 75% der landwirtschaftlichen Nutzfläche überflüssig und könnten renaturiert und aufgeforstet werden, um mehr natürliche

CO<sub>2</sub>-Senken zu schaffen. Sobald nicht mehr Lobbypolitik und die Zurückhaltung

von Forschungsgeldern die Wissenschaft blockieren, wäre ebenso der Weg frei, um

umfangreich an pflanzlichen Ersatzprodukten sowie Fleisch, Milch und Käse aus

Zellkulturen zu forschen.

Ebenso haben die Corona-Pandemie, aber auch frühere

Pandemien wie die Vogelgrippe oder die Schweinegrippe, einen tierischen Ursprung, ganz abgesehen von den unmittelbaren gesundheitlichen Schäden, die

durch den übermäßigen Verzehr der Tierprodukte für den Menschen entstehen.

Damit also nicht auch die menschliche Gesundheit existenziell bedroht wird, muss

der Mensch ein neues Verhältnis zum Umgang mit Natur und Tierhaltung finden.

Ähnlich wie Kohleenergie waren Tiere in der

Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte eine notwendige Ressource. Heute

sind Kohleenergie, Tierausbeutung sowie die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft theoretisch überflüssig geworden und stehen sogar der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung objektiv entgegen. Für die betreffenden Arbeiter\_Innen muss dies neben einer Verbesserung der allgemeinen

Arbeitsbedingungen und einer Anhebung der Löhne auch kostenlose Umschulungsangebote z.B. für die Produktion von pflanzlichen Produkten bedeuten!

---

# **Das bedingungslose Grundeinkommen - Die Rettung in Corona-Zeiten?**

## **Anthropoi Philia**

Die prekäre Lage, in die viele durch die Corona-Pandemie gebracht wurde, hat die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen (im Folgenden: BGE) wieder neu entfacht. Auf den ersten Blick klingt das auch erst einmal nach einer vernünftigen, fast sogar linken Idee. Machen, was man möchte und für egal, was es auch sein mag, Geld dafür bekommen? An sich ist das Konzept des BGE ein staatlich ausgezahlter Betrag, den jede Person erhält, egal ob man von seinem Erbe lebt oder auf der Straße.

Viele linke Kräfte positionieren sich hinter diesem Konzept. Andrew Yang trat damit in den USA zur Präsidentschaftswahl an und in der deutschen Partei „die Linke“ wurden bereits 3500 Unterschriften für eine Mitgliederabstimmung gesammelt, um sich als Partei hinter eine Variante des bedingungslosen Grundeinkommens zu stellen, wobei auch ATTAC sich für ein BGE einsetzt. Doch woher kommt das Geld und wie hoch wird es angesetzt? Da gehen die Modelle schnell in verschiedene Richtungen und das erst so einfach klingende Konzept wird zu einem, welches von ziemlich vielen Bedingungen und Voraussetzungen abhängt. Und leicht vergisst man bei all den tollen Phantasien vom selbstbestimmten Menschen mit 1000€ jeden Monat (aktueller Vorschlag in der LINKEN), dass damit Gewerkschaften geschwächt und Lohndumping betrieben werden kann. Unternehmen können

weiter Niedriglöhne zahlen, die durch das aus Steuern finanzierte BGE ausgeglichen werden. So können sie an den Löhnen sparen, höhere Profite erwirtschaften und noch dazu sichergehen, dass die Kaufkraft der Lohnabhängigen nicht sinkt. Die Lohnabhängigen finanzieren dagegen aus ihren eigenen Steuern staatliche Unterstützung anstatt den Unternehmen einen höheren Lohn für ihre harte Arbeit abzuverlangen.

Aber blicken wir erst mal in die Vergangenheit und entdecken, dass quer durch das politische Feld das Thema aufgegriffen wurde. Erste praktische Experimente gab es schon in den 70ern in den USA unter Richard Nixon sowie in Kanada. Diese Experimente zeigten hauptsächlich, dass sich kaum etwas bei den unterstützten Bürger\_Innen änderte, was allerdings möglicherweise auf die geringe Höhe der Unterstützungen zurückzuführen ist. Nachdem Nixon das Projekt fallen ließ, verschwand es auch erst einmal von der politischen Bildfläche.

Aus diesem Winterschlaf weckte das BGE, nach ein wenig Aufschwung für die Idee in den 2000ern, ein Experiment unter der rechtskonservativen Regierung in Finnland. Daneben gab es auch Feldstudien in Namibia, Uganda, Indien und Kenia. Diese Studien und Experimente kamen im globalen Norden zumeist von liberaler Seite, im globalen Süden sind es oft NGOs, die dort mit relativ geringen Summen Feldstudien durchgeführt haben. Aber auch wenn diese Experimente das Thema vermehrt wieder ins Gespräch bringen, so können sie nur schwer Einblick in eine realistische Praxis bieten, da ihre Laufzeiten begrenzt und das gesamtgesellschaftliche Klima dadurch weitestgehend unberührt bleibt. Was allerdings klar wird, ist, dass nicht nur linke Kräfte sondern auch konservative und neoliberale Vertreter von Kapitalinteressen ein Auge auf das Konzept geworfen haben und sich Chancen ausrechnen, damit an Löhnen und Steuern zu sparen.

So verschieden wie diejenigen, die ein BGE gutheißen, auch sind, so sind es auch die Vorschläge der Finanzierung und der Bedingungen, die an die Umsetzung geknüpft werden. Auf der einen Seite wird die Finanzierung durch massiv erhöhte Mehrwertsteuern vorgeschlagen (je nach Höhe des BGE ungefähr 100-150 %), gleichzeitig sollen im Sinne vielen BGE-Vertreter\_Innen (z.B. Götz Werner) dazu nahezu alle anderen Steuern nach

und nach abgeschafft werden. Dieses Modell ist eher ein Angriff auf die arbeitende Bevölkerung, da die Mehrwertsteuer untere Einkommensschichten, relativ betrachtet, stärker als höhere belastet. Dass die Abschaffung der anderen Steuern nur den Besserverdienenden zu Gute kommt, ist offensichtlich.

Auf der anderen Seite gibt es die Finanzierung durch eine (negative) Einkommensteuer. Im Konzept der negativen Einkommensteuer gibt es den Vorschlag eines einheitlichen Steuersatzes von neoliberaler Seite. Dieser ist auch bloß ein Tauschvorschlag, der für eine Untergrenze der Armut, die jegliche andere Umverteilung von oben nach unten abschafft, plädiert. Im Gegensatz dazu bieten die linken Modelle meist einen Steuersatz mit Vermögensteuer oder Transaktionssteuer angepassten Steuersatz.

Doch auch wenn man sich auf linke Modelle stützt, ergeben sich Probleme: So öffnet es Neoliberalen und Konservativen weiterhin die argumentative Tür für die Reduzierung der anderen Sozialleistungen, wie zum Beispiel einer weiteren Reduzierung des Arbeitslosengeldes auf das Niveau des BGE. Außerdem besteht die Gefahr, dass der Versuch einer gerechteren Verteilung mit dem BGE durch erhöhte Lebensstandardskosten untergraben werden könnten. Und wie bereits eingangs erwähnt, schwächt es den Arbeitskampf der Gewerkschaften. Die Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen können bestenfalls als schwächerer Versuch gewertet werden, im Kompromiss mit dem Kapital den Kapitalismus über die eine oder andere Krise zu retten.

Unsere Alternative ist ein Mindesteinkommen, das an den Arbeiter\_Innen-Durchschnittslohn und Inflation gekoppelt ist. Das klingt kompliziert, ist aber eigentlich ein einfaches Konzept: Finanziert und umgesetzt werden muss es durch eine Progressivsteuer. Das ist eine Steuer, die mit steigendem Einkommen ebenfalls steigt und mit zu geringen Einkommen sogar negative Steuern ausschüttet. Über eine solche Progressivsteuer wäre es möglich, die Gehälter anzugleichen, den Gewerkschaften frischen Wind in die Segel zu spielen und der größer werdenden Ungleichheit in unserer Gesellschaft entgegenwirken. Gerade jetzt zu Zeiten von Corona wird klar, wie nah die Interessen der Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Geflüchteten beieinander

stehen und der Kapitalismus zeigt noch deutlicher seine brutalen Mechanismen.

Wir befinden uns in einer weiteren Krise des Kapitalismus. Durch eine Pandemie verlieren unzählige Arbeiter\_Innen kurz- oder sogar langfristig ihre Existenzgrundlage, gerade kleine Unternehmen stehen schnell vor dem Bankrott während andere Milliardengewinne einfahren (siehe z.B. Amazon), welche skrupellos Löhne drücken und ausbeuten bis zum Umfallen. Wir müssen in zentralen Aktionstagen und politischen Streiks Druck auf die Gewerkschaften ausüben, die vor dem kapitalistischen Konkurrenzbruch den Schwanz einklemmen (Revo berichtete). Es gilt, die Debatten in der arbeitenden Klasse zu führen und aufzuzeigen, wie die Macht der Konzerne und Milliardär\_Innen nichts als Kartenhäuser sind, welche schnell durch Organisation und Solidarität derer zusammenfallen, die sie versuchen, gegeneinander auszuspielen. Nicht das BGE wird uns aus der Corona-Krise retten, sondern Klassenkampf und internationale Solidarität!

---

# **Gut genug für die Notbetreuung aber nicht für eine gerechte Bezahlung**

## **Interview mit einer Kindheitspädagogin**

Für die viel gelobten „systemrelevanten Berufe“ gab es bisher nicht viel mehr als ein bisschen müden Applaus vom Balkon oder aus Merkels Homeoffice. Wir sprachen mit Clara (Name von der Redaktion geändert), einer Kindheitspädagogin aus Berlin, um zu erfahren, was eigentlich in der Kinderbetreuung abgeht und wie sich ihr Arbeitsalltag durch

Corona verändert hat.

**REVO: Hey Clara,  
vielen Dank, dass du dir die Zeit nimmst, mit uns zu sprechen.  
Vielleicht kannst du zum Anfang einmal kurz beschreiben, wie die  
allgemeine Situation in der Kinderbetreuung so aussieht?**

Clara: Gerne! Seit dem 1. August 2013 hat jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Deutschland einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz, der von Kindergärten, Kinderläden und Kindertagespflegepersonen zur Verfügung gestellt werden soll. Dort werden tausende Kinder tagtäglich von pädagogischen Fachkräften, welchen, die es noch werden wollen und Quereinsteiger\_Innen betreut, damit sie im sozialen Miteinander lernen und sich bestmöglich entwickeln können, Bildungsungleichheiten ausgeglichen werden sollen und Eltern ihren Erwerbstätigkeiten nachgehen können.

So stellt es die Theorie jedenfalls dar. Dass es in der Praxis häufig ganz anders aussieht, wird immer wieder versucht in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Situation für Kinder und Fachkräfte ist oft ziemlich belastend. Mehr als 90 % mussten in den vergangenen 12 Monaten zumindest zeitweise mit einer bedenklichen Personalunterdeckung arbeiten. 94 Prozent der Kitas haben nach Angaben der befragten Leitungskräfte für unter dreijährige Kinder eine Fachkraft-Kind-Relation, die hinter der wissenschaftlichen Empfehlung von 1 zu 3 zurückbleibt. Die Personalsituation in deutschen Kitas ist also dramatisch. Abstriche bei der Förderung und erhöhte Haftungsrisiken sind die Folgen.

**REVO: Hast du  
denn das Gefühl, dass diese Missstände von der Regierung in Angriff  
genommen werden?**

Da ich davon

praktisch nicht viel merke, habe ich mal im Internet nachgeschaut. In den Lageberichten auf den Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist die Rede vom lobenswerten Anstieg der Betreuungszahlen und der auf den Weg gebrachten Gelder und Projekte.

Das, was dort steht, ist jedoch fernab der tatsächlichen Realität. Mal abgesehen davon, dass das Augenverschließen vor den Tatsachen schon schlimm genug ist, spielt dieser Umgang mit der kritischen Situation auch die Lage der Kinder und Fachkräfte in der frühkindlichen Betreuung extrem herunter. Diese vorherrschenden Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung bürden erhebliche Risiken, da unter anderem das Empfinden von Stress enorm ansteigt, was die Entwicklung der Kinder sehr beeinträchtigen kann. Eine individuelle Förderung jedes Kindes kann unter den derzeitigen Bedingungen in vielen Einrichtungen nicht gewährleistet werden.

### **REVO: Deine**

**Berufsbezeichnung heißt ja genau genommen „Kindertagespflegeperson“.**

**Was hat es damit auf sich? Sind die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich besser?**

Angesichts der zugespitzten Lage in vielen Kitas ist es für manche Eltern ein ziemlicher Lichtblick, wenn sie einen Betreuungsplatz bei einer sogenannten „Kindertagespflegeperson“ erhalten können. In diesem Modell werden maximal fünf Kinder von einer Person bzw. maximal zehn Kinder von zwei Kindertagespflegepersonen im Verbund betreut. Im Vergleich zu Kitas mit bis zu 200 Kindern klingt das sehr harmonisch und familiär.

Aber auch hier wird dabei außer Acht gelassen, dass der von frühpädagogischen Expert\_Innen empfohlene Betreuungsschlüssel von Kindern unter drei Jahren generell bei eins zu drei liegt. Um eine durchgehend

qualitativ hochwertige Bildung und Erziehung zu gewährleisten, dürften auf eine Tagespflegeperson eigentlich nur drei Kinder kommen. Da in den meisten Fällen Kindertagespflegepersonen selbstständig tätig sind, obliegt ihnen die freie Wahl, wie viele Kinder sie betreuen wollen. Rein theoretisch hätten sie also die Möglichkeit im Wohle des Kindes zu entscheiden und durch eine geringere Betreuungszahl eine bestmögliche Entwicklungsumgebung zu gestalten.

### **REVO: Doch**

**vermutlich liegen auch in diesem Sektor Theorie und Praxis weit auseinander richtig?**

Genau, das wollte ich auch gerade sagen (lacht). Kindertagespflegepersonen werden in Berlin nicht nach Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt, sondern pro Betreuungsplatz, den das Jugendamt durch sie an Familien vermitteln kann. Das Einkommen, welches wir aus unserer selbstständigen Tätigkeit gewinnen, ist also davon abhängig, wie viele Kinder wir betreuen. Für ein Kind, welches bis zu sieben Stunden in einer Kindertagespflege betreut wird, wird in Berlin ein „Betreuungsentgelt“ von 467€ gezahlt. Seit dem 1.01.2019 wird zusätzlich pro Kind und Monat ein Betrag von 46€ ausgezahlt, um die pädagogische Vor- und Nachbearbeitungszeit zu entlohnen. Hinzu kommen noch 220€ „Sachkostenpauschale“ pro Kind, welche für die Verpflegung, Materialbeschaffung und anderweitige Ausgaben zur Verfügung stehen, aber nicht als Gehalt gerechnet werden können.

So beträgt also das Gehalt für eine Kindertagespflegeperson in Berlin, welche 5 Kinder von Montag bis Freitag jeweils 7 Stunden betreut 2565€ (brutto). Bei einer reinen Betreuungszeit von 35 Stunden pro Woche würde das einem Stundenlohn von 16,65€ entsprechen. Zieht man nun noch Steuern und Beiträge für die Sozialversicherungen ab, bleibt ein Netto-Gehalt von 1586,58€.

Eine

Kindertagespflegeperson ist aber neben der Bildung und Erziehung der ihr anvertrauten Kinder, was die Entwicklungsdokumentation und das Vorbereiten und Durchführen von Elterngesprächen beinhaltet, auch für den Einkauf, das Kochen, das Putzen und die Buchhaltung zuständig. Diese Aufgaben können nicht parallel zur Kinderbetreuung durchgeführt werden und müssen in der Vor- und Nachbereitungszeit bewerkstelligt werden. Diese findet aber nur in geringem Maße Berücksichtigung in der Bemessung der Entgelte. Würde man die Rechnung nun, unter Beachtung der zusätzlich anfallenden Aufgaben und dem damit einhergehenden Zeitaufwand von mindestens 5 Stunden pro Woche berechnen, ergäbe sich ein Brutto-Stundenlohn von ca. 14,57€.

In Berlin werden die

Kindertagespflegepersonen dazu angehalten, vorrangig Kinder im Alter von 0-3 zu betreuen. Der Bedarf an Pflege, Hilfestellung und Zuwendung ist in diesem Entwicklungsabschnitt der Kinder besonders hoch, daher empfehlen Expert\_Innen schon den bereits erwähnten Betreuungsschlüssel von eins zu drei einzuhalten. So kann jedem Kind die nötige Zuwendung entgegen gebracht, eine stabile Beziehung aufgebaut und eine Atmosphäre geschaffen werden, welche das Kind in seinen Entwicklungsprozessen anregt aber nicht überreizt. Würden wir uns jedoch tatsächlich an diesen Vorgaben orientieren und nur drei Kinder betreuen, läge unser Bruttogehalt bei 1536€ und damit unser Stundenlohn bei 8,73€, denn nur die Anzahl der betreuten Kinder ändert eben nicht die Anzahl der Wochenstunden. Unser Nettogehalt betrüge dann circa 943€.

**REVO: Ihr habt**

**also die Wahl zwischen guter Betreuung oder einem Gehalt, mit dem ihr eure Miete bezahlen könnt?**

Genauso ist es. Uns

bleibt die Wahl zwischen der Sicherstellung einer durchgängig guten Betreuungsqualität unter eigenen hohen finanziellen Einbußen am

Rande des Existenzminimums oder der Arbeit unter prekären Bedingungen für die Entwicklung der Kinder bzw. der eigenen psychischen Gesundheit in Folge eines hohen Betreuungsschlüssels, aber dafür mehr Geld.

Bestimmt gibt es

Kindertagespflegepersonen, die die persönlichen Ressourcen mit sich bringen, auch 5 Kindern eine fördernde und Sicherheit gebende Betreuung zu bieten. Doch das darf aber nicht Grundvoraussetzung für alle sein. Es sollte jeder Kindertagespflegeperson möglich sein, für sich selbst und im Sinne der ihr anvertrauten Kinder zu entscheiden, welche Gruppengröße möglich und förderlich ist, sodass das Wohl des Kindes stets im Hauptfokus ihrer Arbeit stehen kann. Das ist aber nur möglich, wenn die finanziellen Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass ihre materielle Existenz ab einer Betreuungsanzahl von drei Kindern gut abgesichert ist. Dann könnte jede Kindertagespflegeperson im eigenen Ermessen entscheiden, ob die Gruppe der Größe durch einen zusätzlichen Platz erweitert werden kann oder nicht, ohne den Druck ihrer eigenen Existenzgrundlage im Nacken zu haben.

Neben den prekären

finanziellen Rahmenbedingungen kommt hinzu, dass Kindertagespflegepersonen nicht durch einen Träger geschützt werden. So kam es letztes Jahr zu Existenzängsten und vielen Diskussionen in Folge unerwarteter Steuernachzahlungen. Auch sollte im Zuge des „Guten-Kita-Gesetzes“ seit Anfang des Jahres unser Gehalt erhöht werden. Doch existieren bis heute keine näheren Angaben über die Gehaltserhöhung.

### **REVO: Wie hat sich euer Arbeitsalltag seit der Corona-Pandemie verändert?**

Im Zuge der Pandemie

haben wir noch einmal deutlich gemerkt, welchen gesellschaftlichen Stellenwert wir haben. Als die ersten Schul- und Kitaschließungen

bekannt gegeben wurden, sollten wir noch weiterhin offen bleiben. Die offizielle Begründung war, dass das Ansteckungsrisiko ja relativ gering sei, da nur maximal 5 Kinder von einer Person betreut werden. Abgesehen davon, dass auch hier ein enormer Pool an Kontaktpersonen hinzu kommt, gibt es eben auch Großtagespflegestellen, in denen bis zu 10 Kindern von zwei Fachkräften betreut werden. Es wurde ein offener Brief an die Berliner Bildungssenatorin Scheeres verfasst, um die Forderungen nach Gesundheitsschutz zu kommunizieren und eine Schließung der Kindertagespflegestellen erreicht.

Bei vielen von uns herrscht jedoch weiterhin eine große Unsicherheit. Aufgrund der Selbstständigkeit ist unklar, in welchem Maße die Bezahlung in den nächsten Wochen und Monaten vom Senat gestaltet wird. Bis jetzt liegen noch keine Informationen dazu vor. Obwohl noch unklar ist, ob wir weiter Lohn erhalten, kam relativ schnell der Aufruf eine Notbetreuung anzubieten.

Dass es in diesen Zeiten ohne Solidarität und Notfalllösungen nicht geht, steht außer Frage. Aber einer Berufsgruppe, welche immer wieder zurück stecken muss, nun noch einmal zu zeigen, dass sie als billige Leistungsbringer gesehen werden, ist einfach nicht haltbar. Die meisten der Kindertagespflegepersonen sind Frauen, deren Situation durch diesen Umgang noch weiter prekariert wird und auch der Anteil zur Risikogruppe gehörenden Fachkräfte ist nicht zu unterschätzen. Viele der Tagespflegepersonen machen ihren Job Tag für Tag, ärgern sich über einen geringen Lohn und machen trotzdem weiter - den Kindern zu Liebe! Jetzt werden sie nur dürftig mit Informationen zu ihrer eigenen Situation versorgt, sollen aber weiterhin das System mit am Laufen halten.

**REVO: Hast du schon versucht etwas mit deinen Kolleg\_Innen gegen diese schlimmen Bedingungen zu unternehmen?**

Ich habe mich mit einigen dazu ausgetauscht und letztes Jahr waren wir bei Demonstrationen, um gegen die hohen Steuerrückzahlungen zu protestieren. Auch nutzen wir immer wieder offene Briefe, um unsere Anliegen auszudrücken. Aber zu diesen Aktionen kommt es meistens nur in akuten Fällen, die das Fass zum Überlaufen bringen. Gewerkschaftlich ist unsere Arbeitsgruppe, glaube ich, nicht so stark vertreten, da wir ja als Selbstständige zählen. Es gibt jedoch einige Vereine und Verbände, die versuchen die Arbeitsbedingungen generell zu verbessern und das Ansehen der Tagespflegepersonen zu stärken.

---

# **Azubis und junge Arbeiter\_Innen sind die ersten Opfer der Wirtschaftskrise.**

**Ronja Keller**

## **Kenne deine Rechte!**

Schon vorher hat es sich abgezeichnet, seit dem dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist es amtlich: die Wirtschaft in Deutschland gerät in eine massive Rezession: Geschäfte und Restaurants wurden geschlossen, Veranstaltungen wurden abgesagt. Für viele Arbeiter\_Innen in Deutschland werden die Arbeitsplätze geschlossen, vielen wird Kurzarbeit angeordnet oder sie werden sogar entlassen, was hohe Einkommensverluste mit sich bringt. Die nächste Krise steht bevor und mit ihr Angriffe auf Arbeiter\_Innenrechte. Besonders treffen diese Angriffe uns Jugendliche und junge Menschen, denn wir sind die,

die als Minijobber\_innen, Auszubildenden oder Werkstudierenden arbeiten und somit die ersten, denen gekündigt wird. Oft haben wir begrenzte Arbeitsverträge und sind meist auch noch nicht allzu lang in Unternehmen angestellt. Das macht es Unternehmer\_Innen leichter, uns schneller zu entlassen. Diese Entlassungen und Einschränkungen in unseren Rechten lassen wir uns nicht so einfach bieten! Deshalb haben wir hier ein paar Tipps, wie du dich gegen solche Angriffe wehren kannst und welche Rechte du hast.

## **Was ist eigentlich Kurzarbeit?**

Bei Kurzarbeit werden die Arbeitszeit sowie der Lohn heruntergesetzt oder komplett ausgesetzt. Das Arbeitsverhältnis bleibt aber erhalten. Das Kurzarbeiter\_Innengeld wird dabei vom Staat gezahlt und beträgt in der Regel 60 % des Vollzeitlohns. Ein Recht auf dieses Geld haben allerdings nur Erwerbstätige, die auch in die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Praktisch heißt das, dass Werkstudierende, Scheinselbstständige, Honorarkräfte und Minijobber\_innen in der Regel keine Kohle bekommen, denn mit einem 450 Euro Job zahlt man normalerweise keine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung.

## **Was tun, wenn Kurzarbeit angeordnet wird?**

Für sogenannte „Normal-Beschäftigte“ gilt, dass Arbeitgeber\_Innen Kurzarbeit nicht einseitig anordnen dürfen. Der Betriebs- oder Personalrat muss zustimmen. Wenn es solche Räte nicht gibt, braucht es die Zustimmung der jeweiligen Arbeiter\_Innen. Es kann aber auch sein, dass die Zustimmung bereits im Arbeitsvertrag vereinbart wurde. Dann braucht es keine Zustimmung mehr. Wenn ihr einen Betriebsrat habt, sprecht ihn an, damit dieser nicht gegen euren Willen für euch Kurzarbeit einwilligt. Stimmt individuell der Kurzarbeit nicht zu! Dann kann

zwar eine Änderungskündigung drohen, aber ihr seid vorerst für mindestens 4 Wochen finanziell abgesichert. So gewinnt ihr Zeit und könnt euch immer noch nach Alternativen umschauen. Generell gilt immer: Nichts unterschreiben ohne rechtlichen Rat!

Als Werkstudierende\_r  
oder Minijobber\_in solltet ihr vom Betriebsrat fordern, dass er für nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigte der Kurzarbeit nicht zustimmt. Denn dann besteht zunächst das Recht weiter beschäftigt und auch dementsprechend bezahlt zu werden. Solange Arbeitnehmer\_Innen ihre Arbeitskraft anbieten, haben sie nämlich das Recht auf Beschäftigung und Bezahlung des Lohns, auch wenn der Arbeitgeber die Arbeitskraft nicht annimmt.

### **Was gilt für Auszubildende?**

Normalerweise bekommen Auszubildende kein Kurzarbeiter\_Innengeld, denn der Ausbildungsbetrieb ist verpflichtet alles zu tun, um die Ausbildung weiterhin zu gewährleisten. Dabei darf der Betrieb den Ausbildungsplan umstrukturieren. Die Ausbildungsvergütung darf nicht gekürzt werden! Wenn der Betrieb keine Mittel mehr sieht, um die Ausbildung aufrecht zu erhalten, kann ein Ausfall der Ausbildung in Frage kommen. Diese Option ist aber das aller letzte Mittel. Wenn es so weit kommt, haben betroffene Auszubildende Anspruch auf Zahlung der vollen Ausbildungsvergütung für mindestens sechs Wochen. Nach Ablauf dieser sechs Wochen können sie ausnahmsweise auch Kurzarbeit beziehen.

Werden Auszubildende nicht oder nur mangelhaft ausgebildet, besteht auch ein Anspruch auf Schadensersatz gegenüber dem Ausbildungsbetrieb. Ausgefallene Ausbildungsinhalte sollten deshalb unbedingt im Berichtsheft vermerkt werden! Außerdem kann die Ausbildungseignung des Betriebs entfallen, wenn dieser während einer anhaltenden Krise zum Erliegen

kommt. Dann sind der Arbeitgeber, die Industrie- und Handelskammer (IHK) und die Arbeitsagentur verpflichtet, einen anderen Ausbildungsbetrieb zu suchen. Wenn der Betrieb schließt aber gleichzeitig die Ausbildungseignung nicht entfällt, dürfen in Ausnahmefällen Azubis nach Hause geschickt werden. Doch auch hier muss die Vergütung weitergezahlt werden. Zuhause bleiben darf man aus Angst vor dem Virus nicht. Aber der Betrieb ist zumindest verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um für die Gesundheit der Beschäftigten zu sorgen (Desinfektionsmittel, Masken, usw.).

Doch was ist, wenn die Berufsschule geschlossen hat? Bietet deine Berufsschule online Unterricht an, muss sie oder der Ausbildungsbetrieb die Mittel dafür (Endgeräte, Programme, ...) zur Verfügung stellen. Die Verschiebung oder den Ausfall von Prüfungen regelt die IHK. Normalerweise ändert sich dabei nichts an deinem Ausbildungsvertrag außer die Prüfung wird soweit verschoben, dass sie über den Zeitraum deines Ausbildungsvertrages hinaus geht. Dann solltest du einen Antrag auf Verlängerung der Ausbildungszeit stellen.

Zur Übernahmegarantie bleiben tarifvertragliche Regelungen weiter bestehen, wenn keine neuen Vereinbarungen im Betrieb getroffen wurden. Dazu ist es hilfreich sich beim Betriebsrat zu erkundigen! Übernahmevereinbarungen, die in den letzten 6 Monaten vor Ende der Ausbildung geschlossen wurden, behalten ihre Wirksamkeit – auch wenn diese nur mündlich waren!

### **Darf mir Zwangsurlaub angeordnet werden?**

Auszubildende können nicht so einfach in Zwangsurlaub geschickt werden, denn Urlaub muss beantragt werden und darf nicht angeordnet werden. Das gleiche gilt für Abbau von Überstunden, soweit nichts anderes mit dem Betriebsrat vereinbart wurde.

## **Was tun, wenn mir Mehrarbeit verordnet wird?**

Im Sozialschutzpaket zur Abmilderung der Auswirkungen des Corona-Virus hat die Bundesregierung massive Einschnitte in die Arbeitszeitbeschränkungen von Arbeiter\_Innen in sogenannten „systemrelevanten Jobs“ vorgenommen. Die tägliche und wöchentliche zulässige Arbeitszeit wird auf 12 und 60! Stunden angehoben, Ruhezeiten werden verkürzt und der Anspruch auf Ersatzruhetage von einem Zeitraum von 2 auf 8 Wochen verlängert.

Wenn dir diese Mehrarbeit verordnet wird, wehre dich dagegen, sprich dich mit deinem Betriebsrat ab, wie ihr dagegen vorgehen könnt.

Wenn du unter 18 bist, dann fällst du unter das Jugendarbeitsschutzgesetz. Diese Form der Mehrarbeit darf dir dann nicht verordnet werden. Arbeitgeber\_Innen drohen hohe Geldstrafen bei Missachtung. Mach sie ruhig darauf aufmerksam, wenn sie dich zwingen wollen, länger zu machen.

## **Was tun, wenn die Kündigung kommt?**

Generell gilt immer, dass die Kündigung schriftlich (nicht per Mail) sein muss. Außerhalb der Probezeit gilt eine Frist von mindestens 4 Wochen zum Monatsende oder zur Monatsmitte, in Probezeiten eine Frist von 2 Wochen. Wenn du in einem Betrieb mit mindestens 10 Vollzeitarbeitnehmer\_Innen über 6 Monate beschäftigt bist, gilt das Kündigungsschutzgesetz. Das heißt, eine Kündigung muss begründet werden und es muss eine soziale Auswahl also eine Abwägung zwischen der Schutzbedürftigkeit verschiedener Arbeitnehmer\_Innen erfolgen. Bei betriebsbedingten Kündigungen kann es einen Anspruch auf Abfindung geben, welcher sich an der Dauer der Beschäftigung orientiert.

Kann Corona ein  
Kündigungsgrund sein? Für eine Kündigung braucht es sachliche  
Gründe. Das Coronavirus ist aktuell kein Grund für eine Kündigung.  
Das Unternehmen darf nicht einfach so auf Vorrat kündigen, nur weil  
beispielsweise der Absatz sinkt. Bei einer Stilllegung des Betriebs  
ist eine betriebsbedingte Kündigung nur dann gerechtfertigt, wenn  
der\_die Unternehmer\_in nicht mehr in der Lage ist, die Produktion /  
Dienstleistung fortzusetzen (z.B. wegen Kündigung von Pachtverträgen  
oder Verkauf von Maschinen). Bei einer Infizierung mit dem  
Coronavirus ist eine Kündigung auf keinen Fall rechters. Wenn man  
aber fürchtet, sich im Betrieb zu infizieren und deswegen von der  
Arbeit fernbleibt, riskiert man eine verhaltensbedingte Kündigung.

Falls es zu einer  
Kündigung kommt, heißt es, schnell reagieren und die Kündigung  
durch die Gewerkschaft oder einen Anwalt prüfen lassen! Wenn ihr  
dagegen vorgehen wollt, müsst ihr innerhalb von 3 Wochen beim  
Arbeitsgericht die Klage einreichen.

### **Wir müssen für unsere Rechte kämpfen!**

Minijobber\_Innen und  
Werkstudierende haben keinen Anspruch auf Kurzarbeiter\_Innengeld und  
können momentan gleich gekündigt werden. Prüfungen für  
Auszubildende werden verschoben oder fallen aus ohne jegliche  
Mitsprache von ihnen. Das Arbeitsrecht für Jugendliche ist eh schon  
unzureichend. Dennoch schrecken die Kapitalist\_Innen nicht zurück,  
sie weiter zu beschneiden. Uns wird niemand was schenken, deshalb  
müssen wir unsere hart erkämpften Rechte verteidigen und ausweiten  
Wir dürfen uns nicht in die Rolle passiver Zuschauer\_Innen drängen  
lassen, die nur zusehen, wie ihnen nach und nach Rechte beschnitten  
werden.

Deshalb müssen wir in  
den bereits vorhandenen Gremien wie Jugend- und

Auszubildendenvertretungen unsere Forderungen herantragen. Es wird zwar momentan davon abgeraten Jugend- und Auszubildendenversammlungen durchzuführen und empfohlen, die Termine zu verschieben. Diese Versammlung ist allerdings ein wichtiges Gremium für die Vertretung aller Auszubildenden und sollte deshalb nicht einfach runtergefahren werden. Wenn die Versammlung nicht normal zusammenkommen kann, ist es immer noch möglich, sie online durchzuführen. In den Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollte demokratisch bestimmt werden, wie produziert wird und welche Maßnahmen in der Corona-Krise im Betrieb für alle Auszubildenden und junge Beschäftigte getroffen werden sollen.

Da wir als Jugendliche allein nicht genügend Einfluss haben, um über die ganze Produktion zu bestimmen, müssen wir auch gemeinsam eine Verbindung zur Arbeiter\_Innenklasse schaffen und gemeinsam gegen die Angriffe der Kapitalist\_Innen kämpfen und zwar durch Organisation und Massenstreiks. Die Gewerkschaftsführungen haben aktuell nur „Burgfriedenspolitik“ und den nationalen Schulterschluss mit den Kapitalist\_Innen anzubieten und brauchen Druck aus der Basis (Revo berichtete:

<http://onesolutionrevolution.de/linke-politik-in-der-pandemie-teil-1%ef%bb%bf/>)

Denn wenn wir sicherstellen wollen, dass Millionen keinen Lohn- und Einkommensverlust erleiden, dann werden wir kämpfen müssen. Wir brauchen Organisation und gemeinsame Streiks zur Verteidigung unserer Interessen. Wir benötigen Kampforgane wie Aktionskomitees und Organe der Arbeiter\_Innenkontrolle, die demokratisch legitimiert und ihrer Basis rechenschaftspflichtig sind. Wir müssen den Gewerkschaften Druck machen, sich für einen betriebsübergreifenden Arbeitskampf und politische Streiks einzusetzen.

**Unsere Forderungen für  
jugendliche Lohnabhängige**

- Lohnfortzahlung  
für alle Beschäftigten und zwar aus den Profiten der Unternehmen  
statt Kurzarbeiter\_Innengeld
- Entlassungsverbote  
und Übernahmegarantie für alle Auszubildenden
- Keine Aussetzung der  
Arbeiter\_Innenrechte durch Erlasse und Selbstermächtigung von  
Unternehmen durch Anordnung von Mehrarbeit, Home-Office,  
Wochenendarbeit, Versetzung und Zwangsurlaub
- Stattdessen mehr  
Kontrollausschüsse in den Unternehmen
- Aussetzung aller  
Miet- und Kreditzahlungen für alle Auszubildenden, Studierenden  
und  
sonstige Lohnabhängige.
- Verteidigung des  
Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht
- Für das Recht auf  
politische Streiks,
- Für die  
Organisierung von flächendeckenden Streiks gegen die aktuellen  
Angriffe auf die Arbeitszeitregelungen
- Demokratische  
Abstimmung der Auszubildenden in Auszubildendenvertretungen  
über  
den weiteren Verlauf ihrer Ausbildung und Verschiebungen von  
Prüfungen